

Sozialwissenschaften

Abiturvorbereitungen

SIMON SURE

ABITUR 2022

VERSION 1.0

Vorwort

Moin

Dieses Skript erstelle ich zur individuellen Vorbereitung auf das Abitur 2022. Es kann gerne zur persönlichen Abiturvorbereitung genutzt werden. Die Veränderung oder Verbreitung der Datei ist nicht gestattet.

Der unten aufgeführte Download-Link kann jedoch gerne weitergegeben werden. Dort findet sich immer die neuste Version des Skripts. Bis zum Ende des Abiturs ist mit regelmäßig Korrekturen zu rechnen. Bei Anregungen, Feedback und Verbesserungsvorschlägen bitte unter unten angegebener Web-Adresse eine Nachricht senden.

Zum aktuellen Zeitpunkt wird die Datei noch viele Rechtschreibfehler enthalten. Diese können auch gerne über den Feedback-Link gemeldet werden.

Keine Garantie für Vollständigkeit oder Korrektheit!

Simon

Download-Link

<https://simonsure.com/education/abitur-2022/>

Feedback-Link

<https://simonsure.com/contact/>

To-Do Liste

- N/A

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Download-Link	
Feedback-Link	
To-Do Liste	
 Inhaltsverzeichnis	3
 Wirtschaftspolitik	6
Kerngrößen und Grundlagen	6
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	
Bruttonationaleinkommen (BNE)	
Geld & Preisniveau	
Arbeitslosigkeit	
Kostenvorteile	
Konjunktur- und Wachstumsschwankungen	9
Der Konjunkturzyklus'	
Konjunkturindikatoren	
(Theoretische) Erklärungsansätze	
Funktionsmängel der Marktwirtschaft	11
Instabilität	
Inhumanität	
Ineffizienz	
Zielgrößen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	11
Stetiges und angemesenes Wirtschaftswachstum	
Preisniveaustabilität	
Hoher Beschäftigungsstand	
Außenwirtschaftliches Gleichgewicht	
Mögliche Ergänzungen	
Legitimation staatlichen Handelns	12
Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StabG)	
Grundgesetz	
Wirtschaftspolitische Konzeptionen	13
Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik	
Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik	
(Neo)Monetarismus	
Alternative Wirtschaftspolitik	
Vergleich	
Politik-Mix	
Bereiche und Instrumente der Wirtschaftspolitik	17
Fiskalpolitik und Geldpolitik	
Maßnahmen der Ordnungspolitik	
Maßnahmen der Prozesspolitik	
Qualitatives Wachstum und nachhaltige Entwicklung (Ökonomie vs. Ökologie)	18
Nachhaltigkeit	
BIP als Wohlstandsindikator	

EWU und EZB Die Europäische Zentralbank (EZB)	19
Strukturen Sozialer Ungleichheit, sozialer Wandel und soziale Sicherung	21
Erscheinungsformen und Auswirkungen sozialer Ungleichheit	21
Arten von Ungleichheiten	
Determinanten sozialer Ungleichheit	
Dimensionen sozialer Ungleichheit	
weitere Ungleichheiten	
Gerechtigkeitstheorien	
Modelle und Theorien gesellschaftlicher Ungleichheit	25
Klassenmodelle	
Schichtmodelle	
Lagenmodelle	
Milieumodelle	
Entstrukturierungsthese	
Diskussion: Deutschland als Klassengesellschaft?	
Sozialer Wandel	27
Wandel gesellschaftlicher Strukturen	
Wandel wirtschaftlicher Strukturen	
Sozialstaatliches Handeln	29
Sozialstaatsprinzip	
Sozialstaatliche Modelle	
Soziale Sicherung	
Sozialer Ausgleich	
Finanzierung von Sozialleistungen	
Soziale Herausforderungen	32
Probleme	
Reform des Sozialstaates - Agenda 2010	
Lohnpolitische Konzeptionen	33
Tarife	
Konzeptionen	
Arbeitszeitpolitik	
Europäische Union	35
Historische Entwicklung als wirtschaftliche und politische Union	35
Motive des Einigungsprozesses	
Chronologie	
Mitglieder	
Kopenhagener Kriterien	
Struktur	38
Europäischer Rat	
Europäischer Gerichtshof	
Europäisches Parlament	
Europäische Kommission	
Rat der Europäischen Union (Ministerrat)	
Europäische Zentralbank	
Weitere Organe	
Kritik - Demokratiedefizit	
Normen & Gesetzgebung	40
EU-Normen	
Richtlinien und Verordnungen	
Ordentliches Gesetzgebungsverfahren	
Der Europäische Binnenmarkt	42

Die vier Grundfreiheiten	
Das Schengener Abkommen	
Vorteile	
Nachteile	
Europäische Wirtschafts- und Währungsunion	43
EZB	
Maastrichter Konvergenzkriterien	
Wirtschafts-, Fiskal- und Strukturpolitik in der EU	43
Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)	
Europäischer Stabilisierungsmechanismus	
Stabilitäts- und Wachstumspakt	
Europäisches Sixpack	
Europäischer Fiskalpakt	
Strategien und Maßnahmen europäischer Krisenbewältigung	45
Euro	
Migration	
Euro-/EU-Austritte	
Europäische Sicherheits- und Friendenspolitik	
Europäische Integrationsmodelle	46
Integrationsmodelle/-theorien	
Europäische Zukunftszenarien	
 Globale Strukturen und Prozesse	49
Globalisierung	49
Dimensionen und Merkmale	
Auswirkungen	
Global Governance	
Globale Herausforderungen	
Internationale Friedens- und Sicherheitspolitik	50
Friedens- und Gewaltbegriff	
Konflikte	
Friedenssicherung	
Theorien der internationalen Politik	
Internationale Bedeutung von Menschenrechten und Demokratie	51
Menschenrechte in der Diskussion	
Maßnahmen zur Wahrung von Menschenrechten	
Folgen von Menschenechtsverletzungen	
UNO	52
Struktur und Aufbau	
Probleme der UNO	
Beitrag zur Konfliktbewältigung und Friedenssicherung	
Wirtschaftsstandort Deutschland	54
Institutionen zur Gestaltung der ökonomischen Dimensionen	54

Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitik allgemein beschreibt den Eingriff des Staates in die Wirtschaft sowie die ihm zur Verfügung stehenden Instanzen. Bei durch ihn legitimierten Instanzen werden näher betrachtet. Allgemein wird zwischen der Fiskalpolitik (durch die Regierung) und der Geldpolitik (durch die Zentralbanken) unterschieden.

Kerngrößen und Grundlagen

Bruttoinlandsprodukt (BIP)

- Summe aller Marktpreise der in einem bestimmten Zeitraum (meist ein Jahr) in einem Land für den Endverbrauch produzierten Waren und Dienstleistungen, abzüglich aller Vorleistungen.
- Inlandskonzept: Bezogen auf den geographischen Raum eines Landes, nicht auf die Nationalität
- Differenzierungsmöglichkeiten: räumlich (z. B. nach Bundesländern), zeitlich (z. B. Nach Quartalen), sektorale (Wirtschaftssektoren), Bevölkerungszahl (BIP/Kopf), ...
- Darstellung/Analyse
 - Absolute Werte
 - Prozentuale Veränderungen: nominales ('einfacher' Prozentwert) vs reales (preisbereinigt, inflationsbedingte Wertsteigerungen rausgerechnet) Wachstum
- Berechnungsansätze
 - Entstehungsrechnung: $BIP = \text{primärer Sektor} + \text{sekundärer Sektor} + \text{tertiärer Sektor}$
 - Verwendungsrechnung: $BIP = \text{Konsum} + \text{Staatsausgaben} + \text{Investitionen} + \dots$
 - Verteilungsrechnung: $BIP = \text{Löhne} + \text{Gewinne} + \text{Gehälter} + \text{Vermögenserträge} + \dots$
- Berechnung
 - Nominales BIP = Menge · Stückpreis
 - Reelles BIP
 - Ein Nominales BIP als Referenz
 - Folgende Jahre: Menge · Stückpreis vom Referenzzeitpunkt
 - Der Quotient aus nominalem und realem BIP bezeichnet man auch als BIP-Deflator.

Bruttonationaleinkommen (BNE)

- Früher auch Bruttosozialprodukt
 - Nationalitätskonzept: Bezogen auf die deutsche Nationalität, nicht die geographische Positionierung
- [missing]

Geld & Preisniveau

- Geldfunktion grundsätzlich
 - Zahlungsmittel
 - Wertaufbewahrung
 - Rechenmittel
- Preisfunktion grundsätzlich
 - Indikatorfunktion (Anzeige von Knappheit von Gütern)
 - Allokationsfunktion (Verteilung von Produktionsfaktoren)
 - Selektionsfunktion (unterdurchschnittliche Leistungen fallen weg, z. B. wer aufgrund ineffizienter Produktion zu hohe Preise fordert, verliert Kunden)
 - Messfunktion (Vergleichbarkeit des Wertes von Produkten)
- Preisniveau
 - Ermittelt mit einem Verbraucherpreisindex (VPI)
 - Berechnung: die Kosten eines Warenkorbs von typischen Waren und Dienstleistungen (nach dem Vorbild eines typischen Haushaltes) werden nach einem Wägungsschema gewichtet addiert

- Komponenten: Wohnen (über $\frac{1}{4}$), Verkehr, Freiheit, Nahrungsmittel, Möbel, Haushaltsartikel, Elektronik, ...
 - EU: Verwendung des harmonisierten VPI (HVPI)
 - Preissteigerungen durch Qualitätssteigerungen von Produkten sollten rausgerechnet werden
- Inflation & Deflation beschreiben Veränderungen des Preisniveaus (des Geldwertes)
- Inflation
 - Reduzierung des Geldwertes
 - Steigerung von Preisen
 - Verlust von Kaufkraft
 - Ursachen von Inflation
 - Geldmengeninduzierte Inflation
 - Angebotsinduzierte Inflation
 - Nachfrageinduzierte Inflation
 - Importierte Inflation
 - Inflationsarten
 - Schleichend: $< 5 \frac{\%}{a}$
 - Trabend: $< 20 \frac{\%}{a}$
 - Galoppierend: $< 50 \frac{\%}{a}$
 - Hyperinflation: $> 50 \frac{\%}{a}$
- Folgen: Sparen ist unattraktiv (Geld verliert schließlich an Wert) und Besitz wird attraktiv, Störung der Funktionen von Preisen
 - Verlierer: Sparer, Importeure, Bezieher fester Einkommen, ...
 - Gewinner: Eigentümer (z. B. von Immobilien), Schuldner, Staat (größter Schuldner)
- Deflation
 - Steigerung des Geldwertes
 - Reduzierung von Preisen
 - Zunahme der Kaufkraft
- Folgen: Sparen ist attraktiv (Geld wird schließlich mehr wert) → geringere Ausgaben → Schwächung der Wirtschaft

Ursachen

- Nachfrageinflation (demand pull Inflation): Die Nachfrage übersteigt das Produktionsangebot
 - Hausgemachte Nachfrageinflation
 - Importierte Nachfrageinflation
- Angebotsinflation
 - Cost push inflation: aufgrund steigender Produktionskosten werden die Marktpreise erhöht
 - Lohndruckinflation
 - Kapitalkosteninflation
 - Kostensteuerinflation
 - Importierte Kosteninflation
 - Gewinndruckinflation: Ausnutzung der Marktmacht zur Erhöhung der Preise

Inflationsbekämpfung

- schwierig, da Prozesse kompliziert und undurchsichtig sind, zudem sind Folgen von Marktein-griffen können nicht planbar
- moderat verhalten und dem Markt Zeit geben
- Grundlegende Handlungstendenzen
 - Zentralbanken: moderate Zinsen
 - Staat: moderate Abgaben
 - Arbeitgeber: moderate Preise
 - Arbeitnehmer: moderate Löhne

Preis-Lohn-/Lohn-Preis-Spirale

Eine typische Diskussion zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern: Was ist die Ursache des Kreislaufes?

- Lohn-Preis-Spirale: höhere Kosten (maßgeblich Lohnforderungen) würden das Unternehmen zwingen, die Preise zu erhöhen
- Preis-Lohn-Spirale: nur weil Unternehmen die Preise erhöhen, müssen Arbeitnehmer höhere Löhne fordern, um sich ihren Konsum noch leisten zu können

Arbeitslosigkeit

Definition von Arbeitslosigkeit

Bundesagentur für Arbeit (BA)

- Kriterien
 - Alter: zwischen 15 und 65/67 Jahren
 - Überhaupt nicht oder maximal 15 Stunden arbeitend
 - Keine Studenten
 - bei der BA registriert/gemeldet
- Nicht erfasst
 - Teilnehmer von (Hilfs)Programmen
 - Nicht gemeldete Personen
 - Arbeitsunfähige Personen
 - Aufstocker (ALGII zusätzlich zur Arbeit)

Statistisches Amt der EU: Ermittlung durch Stichprobenbefragung

- Alter: zwischen 15 und 74 Jahren
- Arbeitszeit < 1 h/Woche
- Innerhalb der nächsten zwei Wochen arbeitsfähig
- Mindestens vier Wochen auf Arbeitssuche

Berechnung von Arbeitslosigkeit

$$\text{Arbeitslosenquote} = \frac{\text{registrierte Arbeitslose}}{\text{Erwerbstätige} + \text{registrierte Arbeitslose}} \cdot 100\%$$

Typen von Arbeitslosigkeit

- Fiktionelle Arbeitslosigkeit: kurzzeitig, z. B. zwischen zwei Jobs
- Saisonelle Arbeitslosigkeit: jahreszeitenabhängig, z. B. Baugewerbe
- Konjunkturelle Arbeitslosigkeit: abhängig vom Konjunkturzyklus
- Strukturelle Arbeitslosigkeit

Folgen von Arbeitslosigkeit

- Individuell
- Volkswirtschaftlich
- politisch

Kostenvorteile

Absoluter Kostenvorteil

Unterschiedliche Produzenten bzw. Nationen können jeweils bestimmte Produkte effizienter produzieren als andere. Sie haben einen absoluten Vorteil, indem sie weniger Mittel für die Produktion aufwenden müssen.

Relativer/Komparativer Kostenvorteil

Beim relativen Kostenvorteil wird die Sicht auf die Arbeitsproduktivität gelenkt. Diese ist letztlich ausschlaggebend, wie sich die Arbeitsteilung lohnt. Es kann sich lohnen, wenn ein Land Produkte herstellt, welche nicht den absoluten Kostenvorteil hat, denn durch Handel kann trotzdem die Situation beider Händler verbessert werden. Relevant sind nicht absolute Kosten, sondern die Opportunitätskosten.

Beispiel 1

Produkt	Land A	Land B
Motorräder	10	15
Fernseher	80	150

Die Produktion eines Motorrads entspricht für Land A 8 Fernseher und Land B 10 Fernseher. Land A hat einen relativen Kostenvorteil.

Die Produktion eines Fernsehers entspricht für Land A 0,125 Motorräder und Land B 0,1 Motorräder. Land B hat einen relativen Kostenvorteil.

Jedes Land kann jeweils eine Tätigkeit effizienter ausüben als das andere Land. Somit kann nun Land A Motorräder und Land B Fernseher produzieren.

Beispiel 2

Tätigkeit	Nachbar A	Nachbar B
Rasen mähen	6 Std.	3 Std.
Hecke schneiden	8 Std.	2 Std.

Nachbar B hat bei allen Tätigkeiten den absoluten Kostenvorteil.

Rasenmähen entspricht für Nachbar B 1,5 Hecken, für Nachbar A 0,75 Hecken. Nachbar A kann relativ gesehen effizienter Rasen mähen.

Hecke schneiden entspricht für Nachbar B ca. 0,66 Rasen, für Nachbar A ca. 1,33 Rasen. Nachbar B kann relativ gesehen effizienter Hecke schneiden.

Wenn nun Nachbar A beide Rasen mäht und Nachbar B beide Hecken schneidet arbeiten beide Nachbarn weniger als zuvor.

Konjunktur- und Wachstumsschwankungen

Konjunktur beschreibt grundsätzlich die aktuelle gesamtwirtschaftliche Lage, einschließlich der aktuellen Situation sowie des Trends für die weitere Entwicklung.

Da die Wirtschaft nicht vollständig stabil ist, treten langfristige Schwankungen der Konjunktur auf. Diese beschreibt mal als Konjunktur- und auch als Wachstumsschwankungen. Ein typisches sich über mehrere Jahre wiederholendes Muster solcher Schwankungen nennt man den Konjunkturzyklus.

Konjunktur kann auf zwei Ebenen betrachtet werden: Der Makroökonomie und der Mikroökonomie.

- Makroökonomie: Beschreibung der Gesamtheit der Wirtschaft und die gesamte Wirtschaft betreffende Größen/Maßnahmen/Handlungen
aggregierte Größen als Grundlage, z. B. die Inflation, welche mit dem aggregierten Warenkorb berechnet wird
- Mikroökonomie: Beschreibung des Verhaltens und der Situation einzelner Wirtschaftssubjekte
diese werden häufig modellhaft vereinfacht (vgl. Annahme des Menschen als Homo oeconomicus)

Der Konjunkturzyklus'

Aufschwung

- Steigende Produktion, Nachfrage, Investitionen, Gewinne, Löhne, BIP, ...
- Zunehmende Beschäftigung
- Steigendes Einkommen
- Erhöhter Konsum
- Höhere Steuereinnahmen

Boom

- Maximale Produktionsauslastung: Produktionsengpässe führen zur Preissteigerungen (Inflation)
- Vollbeschäftigung/Arbeitskräftemangel
- Marktsättigung: Spaarneigung & sinkende Nachfrage

Abschwung (Rezession)

- Nachfragerückgang durch Preissteigerungen
- Abbau von Produktionskapazitäten, einschließlich Entlassungen
- Sinkende Steuereinnahmen

Tiefstand (Depression)

Wichtig: Der Begriff Depression ist häufig mit einer besonders lang anhaltenden Wirtschaftskrise/ einem besonders lang anhaltendem Tiefstand verbunden und somit nicht immer angemessen.

- Stagnierende Nachfrage, Produktion, Gewinne, Preise, Löhne, Zinsen, BIP, ...
- Geringer Bedarf an Arbeitskräften und hohe Arbeitslosigkeit
- Weitere Abnahme des Konsums

Während einer Depression gibt es eine verstärkte Spaarneigung. Durch die Ansammlung dieses Kapitals gibt es (für Banken und privatwirtschaftliche Akteure) wieder Investitionsgrundlagen. In Verbindung mit einem Stimmungswandel kommt es wieder zum Aufschwung.

Der Außenhandel hängt auch mit der jeweiligen Konjunktur zusammen. Während eines Aufschwungs sind die Gewinneinkommen größer als die Lohneinkommen. Da die Unternehmen stärker als die Nachfrage sind, kommt es zu einem Exportüberschuss. Während eines Abschwungs sind die Lohneinkommen größer als die Gewinneinkommen. Aufgrund der größeren Nachfrage müssen Güter importiert werden.

Allgemein ist zu beachten, dass es sich nur um ein Modell handelt. Über die genannten typischen Aspekte hinaus gibt es eine Vielzahl von Einflussfaktoren: Psychologische Aspekte, Bevölkerungsentwicklung (u. A. Führen mehr Menschen zu mehr Nachfrage), wirtschaftspolitische Maßnahmen (Lenkung der Entwicklung durch Zinssetzung und Konjunkturpakete und Staatsnachfrage). Eine eindeutige und präzise Beschreibung der Konjunktur ist somit unmöglich.

Konjunkturindikatoren

Diese dienen der Identifikation von Abschnitten des Konjunkturzyklus'.

Frühindikatoren

Sie warnen vor möglichen wirtschaftlichen Veränderungen

- Auftragseingänge
- Zahl der Baugenehmigungen
- Aktienkurse

Gegenwartsindikatoren

Sie beschreiben den aktuellen Zustand der Wirtschaft.

- Zeitlich aufgeschlüsseltes BIP (z. B. quartalsweise)
- Löhne
- Zinssätze
- Lagerhalterung

Spätindikatoren

Sie beschreiben die Folgen einer Entwicklung und können frühere Einschätzungen bestätigen oder widerlegen.

- Arbeitslosenzahlen
- Zahl der Privatinsolvenzen

(Theoretische) Erklärungsansätze

In der Realität kann nicht ein Ansatz als richtig identifiziert werden. Mehrere Faktoren wirken gleichzeitig und auf sich gegenseitig, sodass ein komplexes Wirkungsgefüle entsteht.

Rein monetäre Theorie

- Veränderungen des Zins würden zu Veränderungen der Investitions- und Spaarneigung entsprechend des Opportunitätsprinzips führen.
- Diese veränderten Neigungen seien charakteristische Größen des Konjunkturzyklus und würden diesen maßgeblich lenken

Unterkonsumptionstheorie

- Während eines Booms würde zu wenig konsumiert bzw. nachgefragt.
- Die zu geringe Gesamtnachfrage würde letztlich dazu führen, dass Unternehmen in ihrer Tätigkeit gebremst werden. Es startet ein Abschwung.

Überproduktions-/investitionstheorie

- Zu geringe Zinse und weitere Faktoren würden dazu führen, dass Unternehmen ihre Produktionskapazitäten unverhältnismäßig schnell und stark ausbauen.
- Da dem Angebot keine Nachfrage mehr gegenübersteht kommt es zu einem Ungleichgewicht mit ungeplanter Lagerhalterung.

Theorie von Joseph A Schumpeter

- Ausschließlich durch technologischen Fortschritt würden einzelne Unternehmen eine Marktdominanz erreichen. Darauf reagieren andere Unternehmen mit Investitionen und Preisadjustierungen.
- Letztlich wird es Konkurrenten geben, welche gleichwertige Produkte anbieten. Die Wirtschaft schwankt durch den Prozess der „schöpferischen Zerstörung“.

- Meist wird zwischen zwei Theorien unterschieden
 - Exogene Konjunkturtheorien: äußere Ursachen wie Migration seien ausschlaggebend für die zu Schwankungen führenden Veränderungen
 - Endogene Konjunkturtheorien: Die ausschlaggebenden Größen (z. B. Nachfrage) seien innerhalb eines Wirtschaftssystems zu suchen
- Beispiel für eine Wirkungskette: Zinssenkung (Makroebene), Senkung der Bankzinsen (Mikroebene), Zunahme der Investitionen/Kreditaufnahmen, Produktionssteigerung, Nachfragesteigerung/Lohnsteigerung/..., ...

Weitere Einflussgrößen für Wirtschaftsschwankungen sind:

- Self-Fulfilling-Prophecy (mentale Einstellung - "Euphorie")
- Krisen (Pandemien, Flüchtlingskrisen, ...)
- staatl. Investitionen
- Marktsättigung
- Innovationen
- Zinsen
- Mode
- Bevölkerungswachstum
- Katastrophen

Funktionsmängel der Marktwirtschaft

Instabilität

Mit Instabilitäten werden meist gesamtstrukturelle Fehlentwicklungen wie eine übermäßige Inflation oder Arbeitslosigkeit beschreiben. Die Stabilitätspolitisch ist notwendig, da angenommen wird, dass sich der Markt alleine nicht vollständig regulieren kann.

Inhumanität

Inhumanität beschreibt distributive und sozialpolitische Fehlentwicklungen. Die Humanisierungs-politisch besteht aus

- Umverteilungspolitik: z. B. Transferleistungen (die Korrektur der Primärverteilung führt zur Sekundärverteilung)
- Sozialpolitik: z. B. Kranken- und Rentenversicherungen
- Humanisierung und Demokratisierung der Arbeitswelt

Ineffizienz

Der Markt schafft nicht mehr allgemeinen Wohlstand, wenn Ressourcen ineffizient verteilt werden. Es kommt zum Marktversagen. Bei Allokationspolitik bekämpft die Ineffizienz z. B. Mit Wettbewerbspolitik. Mögliche Ursachen solcher ineffizienten Verteilungen sind Monopole, Kartelle und Fusionen.

Zielgrößen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Für Details zu den Determinanten vgl. Instrumente der Wirtschaftspolitik.

Sind alle aufgeführten Ziele erreicht spricht man vom gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht.

Stetiges und angemesenes Wirtschaftswachstum

- Grundannahme: ökonomisches Wachstum verbessert menschliche Lebensbedingungen (strittig)
- Ziel: „stetiges und angemesenes Wirtschaftswachstum“ (keine handfesten Vorgaben, Richtwert ca. 3-4 % reales Wachstum/Jahr)
- Determinanten: Produktionsfaktoren wie Arbeit, Boden, Kapital, Humankapital etc.
- Indikator: Wachstum des (realen) BIP

Preisniveaustabilität

- Grundannahme: Störungen von Preisen und Geldwert führen zu massiven Störungen der wirtschaftlichen Prozesse
- Ziel
 - Idealistisch sollen Inflation und Deflation verhindert werden, um eine konstante Kaufkraft zu gewährleisten

- Realistisch werden gemäßigte Preissteigerungen knapp unter 2 % anvisiert (EZB Grenzwert)
- Determinanten: Zins, Geldmenge, Staatsnachfrage, ...
- Indikator: Inflation

Hoher Beschäftigungsstand

- Grundannahme: geringe Arbeitslosenquoten wirken sich positiv auf die Wirtschaft und die Lebensbedingungen der Menschen aus
- Ziel: Minimierung der Arbeitslosigkeit, maximal 3 %
- Determinanten: abhängig von der wirtschaftspolitischen Konzeption
- Indikator: Arbeitslosenquote

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

- Grundannahme: Dauerhaftes Ungleichgewicht hat negative Folgen für Überschuss- (Abhängigkeit vom ausländischen Absatzmarkt, Gefährdung der Stabilität anderer Länder und Verlust ausländischer Nachfrage durch Defizitländer) und Defizitländer (Überschuldung mit Krediten zur Finanzierung der Importe, Arbeitslosigkeit mangels eigener Produktion, ...)
- Ziel: Außenbeitrag (Exporte - Importe) $\approx 2\%$
- Determinanten
 - Bei Überschussländern: Import billiger Rohstoffe, Veredelung zu Endprodukten, Export einer Ware mit höherem Wert
 - Bei Defizitländern: Wert der importierten Ware übersteigt den Wert der exportierten Ware
- Indikatoren
 - Option 1: langfristig ausgeglichene Leistungsbilanz ($0 = \text{alle Ausgaben} + \text{alle Einnahmen}$, bezogen auf Importe sowie Exporte)
 - Option 2: langfristiger Ausgleich vom Außenbeitrag mit Übertragungen ins Ausland (Zahlungen ohne direkte Gegenleistung)
 - Option 3: ausgeglichener Außenbeitrag, Exporte = Importe

Mögliche Ergänzungen

- Gerechte (Einkommens)Verteilung
- humane Arbeitsbedingungen
- Umweltschutz
- Ressourcensicherung
- ...

Legitimation staatlichen Handelns

Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StabG)

- Hintergrund: wirtschaftspolitische Instabilitäten (1965/66) führten zu Forderungen nach aktiver Wirtschaftspolitik
- 1967 in der Bundesrepublik verabschiedet
- Die Zielsetzungen des Gesetzes (Konzept der sozialen Marktwirtschaft) entsprechen den Zielgrößen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
 - Viereck
 - Stabilität des Preisniveaus
 - Hoher Beschäftigungsstand
 - Außenwirtschaftliches Gleichgesicht
 - Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum
 - Ergänzungen (bis zum Achteck)
 - Verteilungspolitische Maßnahmen
 - Schaffen einer lebenswerten Umwelt
 - Humane Arbeitsbedingungen
 - Intergenerationale Gerechtigkeit
 - „Magisches“ Viereck: gleichzeitiges Erreichen aller (vier) Zielsetzungen ist nahezu unmöglich („magisch“)
 - Zielneutralität (z. B. Beschäftigungsveränderungen wirken sich während einer Rezession nicht merklich auf das Preisniveau aus)
 - Zielharmonie (z. B. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht stabilisiert die Preise)

- Zielkonflikt (z. B. Beschäftigungsveränderungen wirken sich während eines Aufschwungs/Booms negativ auf das Preisniveau aus oder die Phillips-Kurve)

Grundgesetz

- Keine Nennung einer konkreten Wirtschaftsform, jedoch deutliche Tendenz zur sozialen Marktwirtschaft
- Wichtige Grundrechte: offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb
 - Schutz der Menschenwürde (Art. 1)
 - Handlungsfreiheit: freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2)
 - Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3)
 - Vereinigungsfreiheit (Art. 9)
 - Freizügigkeit (Art. 11)
 - Berufsfreiheit (Art. 12)
 - Privateigentum (Art. 14)
- Wichtige Zusatzforderungen: sozialer Ausgleich
 - Sozialer Rechtsstaat (Art. 28)
 - Sozialstaatlichkeit (Art. 20)
 - Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Art. 14)
 - Gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen den Bundesländern (Art. 72)

Wirtschaftspolitische Konzeptionen

Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik

Grundlage

- Industrielle Revolution
- Jean Baptiste Say: Erfahrungen in England
- Späterer Vertreter: Milton Friedman
- Typische Vertreter: Arbeitgeberverbände

Grundideen

- Jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage
- "schöpferische Zerstörung"
- Stabilität der privaten Wirtschaft (Say'sches Theorem)

These

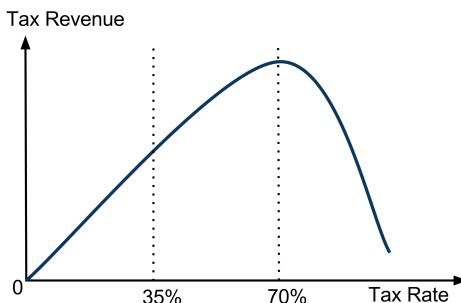
- Kein Staatseingriff > falschem Staatseingriff

Die Politik

- Reduzierung von Staatseingriffen: ausschließlich Rahmenbedingungen schaffen (Wettbewerb- und Ordnungspolitik), nahezu keine Staatsausgaben
- Fokus auf der Geldpolitik
- Produktionspotenzial maximieren: Steuersenkungen, Subventionen, Bürokratieabbau, Lohnsenkungen, ...
- Gemäßigte Steuern (Bsp.: Reaganomics)

Laffer Theorem

Das Laffer Theorem wird genutzt, um gemäßigte Steuern zu begründen.



Asymmetrische schematische Laffer Kurve

Kritik

- Die Investitionsbereitschaft von Unternehmen ist nicht nur durch Produktionsbedingungen bestimmt, sondern auch durch die Absatzerwartungen.
- Die negative Sicht auf höhere Löhne vernachlässigt deren Nachfragewirkung
- Gefährdung der sozialen Komponente und sozialer Strukturen

Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik

Grundlage

- John Maynard Keynes
- Weltwirtschaftskrise 1929 in den USA & Europa
- Erleben von Arbeitslosigkeit
- Typische Vertreter: Arbeitnehmerverbände (Gewerkschaften)

Grundideen

- Chronische Probleme (Nachfrage, Beschäftigung, ...)
- Sinkende Löhne führen zur Rezession
- Nachfrage als bestimmender Faktor

Thesen

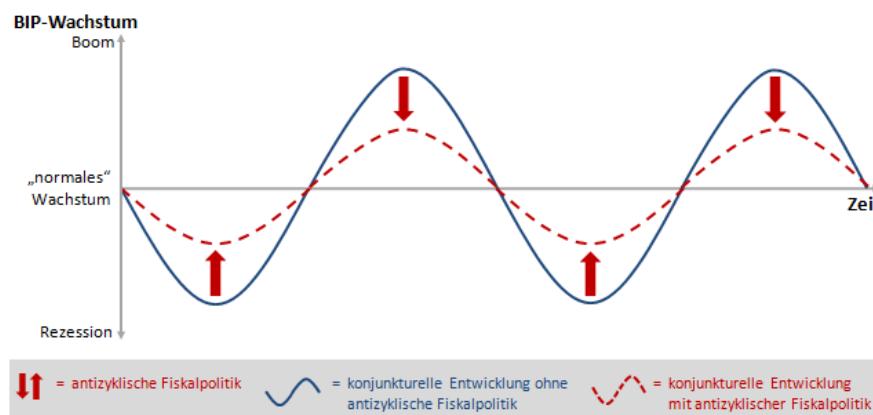
- Effektive gesamtwirtschaftliche Nachfrage
 - Liquiditätspräferenz
- ⇒ "demand management"

Die Politik

- Antizyklische Haushaltspolitik
- Fiskus: Finanzierung der Investitionen, Entlastung des privaten Konsums
- Zentralbanken unterstützen

Antizyklische Fiskalpolitik & Deficit spending

- "Entsparen"/Investieren während einer Depression
- Kapitalentzug und Schulden-Rückzahlung während eines Booms
- Eine Form der intertemporären Umverteilung



Antizyklische Fiskalpolitik (durch Deficit Spending)

Kritik

- Surplus saving und die Rückzahlung von Krediten hat historisch schlecht funktioniert
- Antizyklische Haushaltspolitik ist praktisch schlechte terminierbar und durchführbar (Ungenauigkeiten bei der Erfassung der aktuellen Wirtschaftslage), führt ggf. zur schädlichen Zyklusverstärkung
- Eingeschränkte Handlungsfähigkeit durch hohe Staatsschulden (soll in Deutschland mit der Schuldenbremse bekämpft werden)

(Neo)Monetarismus

Geschichte/Grundlage

- Milton Friedman
- Monetaristen vs. Keynsianer
- Weiterentwicklung klassischer Theorien (Verwandschaft mit der Angebotstheorie)

Abgrenzung zur Fiskalpolitik

- Ablehnung der Phillipskurve: Sei wissenschaftlich/analytisch nicht haltbar
- Fiskalpolitik unpräzise, u. A. aufgrund von öffentlichem Druck
- Geldpolitik nur zum temporären Ausgleich

Grundideen

- Stabilität der privaten Wirtschaft
- Unangemessene Inflation: Probleme (zu gering: Konsumeinbruch; zu hoch: aktuell)
- Inflation - Geldmenge - Zins - Zentralbanken

Die Politik

- Stabilität: geringe Inflation zur Planungssicherheit, 0 % wachstumsbereinigte/effektive Inflation (ermittelte Inflation: 2 % Marke)
- Kontinuität: angekündigtes Verhalten, Überraschungen und Destabilitäten vermeiden

Neo-Monetarismus

- Der Zusammenhang zwischen Inflation, Geldmenge und Wirtschaftsleistung wird hinterfragt (begründet mit der Finanzkrise 2009)
- Der Verwendungszweck von Krediten sei entscheidend: Konsumenten, Produzenten, Finanzinvestoren -> Regulation der Kreditvergabe durch Banken auf Basis des Zwecks
- „schlechte“ Kredite (v. A. an Finanzinvestoren) führen Zur Blasenbildung (künstliche Verteuerung), „gute Kredite“ (v. A. an Unternehmer) führen zur Schaffung realer Werte (echte Verteuerung)

Alternative Wirtschaftspolitik

Geschichte

- Begründet durch die Arbeitsgemeinschaft Alternative Wirtschaftspolitik
- Kritik an bestehenden Theorien auf Basis aktueller Entwicklungen

Anliegen Kritikpunkte

- Missstände in der Finanzarchitektur: unregulierte spekulative Investitionen (Ausbeutung, Knappheiten, ...) -> Regulierung des Finanzsystems
- Ungleiche Einkommensverteilung: Wohlhabende geben einen geringeren Anteil für Konsum aus, Schaffung von Wachstum durch Blasenbildung (führt letztlich zum Kollaps) -> Angleichung der (Einkommens)Verteilung
- Haushaltskonsolidierung nach einer Depression: Vertrauen auf expansive Geldpolitik kann keine nachhaltige Nachfrage schaffen und führt zu spekulativen Investitionen sowie Blasenbildung -> expansive Fiskalpolitik nach einer Depression

Vergleich

Vergleichsaspekt	Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik	Monetarismus	Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik
Ziel	Produktionsbedingungen/-voraussetzungen optimieren	stabiler Geldwert	
wirtschafts-bestimmender Faktor	Angebot unzureichend: Angebot schafft sich Nachfrage (z. B. iPhone etc.); höheres Güterangebot führt zu höherer Güternachfrage		Nachfrage unzureichend : Nachfrage führt zur Produktion von konsumierten Gütern
Annahmen	private wirtschaft stabil: Selbstregulation;		Instabilität der Wirtschaft, keine Tendenz zum Gleichgewicht
Geldwert		stabil halten, Schwankungen um jeden Preis vermeiden	
Beschäftigung	Produktion -> Beschäftigung -> Nachfrage		

Lohnkosten	hohe Löhne schmälern Unternehmensgewinne und notwendige Investitionen werden unattraktiv; kein Einheitstariflohn, sektorale Differenzierung der Lohnstruktur		
Staat	Selbstregulation des Marktes: lieber keine störenden Eingriffe durch den Staat, da diese zu Unsicherheit und Konjunkturschwankungen führen; er hat lediglich eine Ordnungsfunktion		fehlende Nachfrage durch Staatsinvestitionen/-ausgaben ersetzen; antizyklisch
Zins		Mittel zur Steuerung der Geldmenge	
Steuern	reduzieren		
Staatsschulden	sind schlecht für die allgemeinheit: müssen zurückgezahlt werden -> Abbau		notwendiges Übel im Sinne des Deficit-Spending
Preise	da die Preise elastisch sind, ist eine Überproduktion unmöglich		
Marktsättigung	aufgrund einer „schöpferischen Zerstörung“ unmöglich		
berühmte Vertreter	Adam Smith, Jean-Baptiste Say, Ronald Reagan; „Neoklassik“		John Maynard Keynes
Einflussperiode	langfristige wachstumsorientierte Entwicklung stärken		kurzfristig Störungen ausgleichen
Methoden		Zins, Staatsanleihen etc.	

Politik-Mix

In der Praxis werden häufig monetaristische Ansätze mit angebotsorientierten und nachfrageorientierten fiskalpolitischen Maßnahmen kombiniert.

Konjunkturpaket II

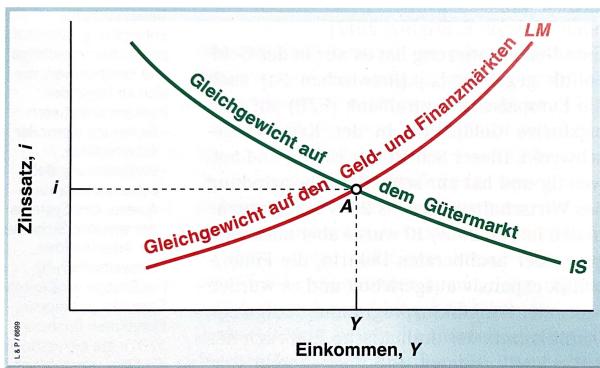
- Nachfrageorientierung: Senkung der Einkommenssteuer, Investitionen in Bildung, ...
- Angebotsorientierung: Innovationsangebote für Mittelstand, Bundesgarantien für Unternehmenskredite, ...

IS-LM-Modell

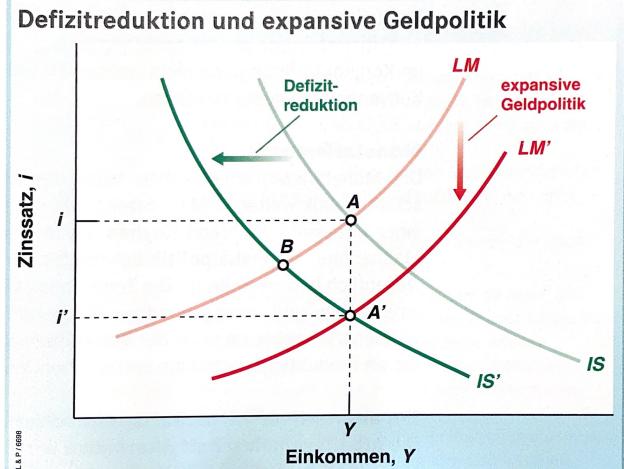
Das Einkommenspotenzial Y muss im Verhältnis zu Produktionspotenzial gesehen werden. Hohe Einkommen ermöglichen eine hohe Nachfrage und hohe Produktion. Und eine hohe Produktion ermöglicht höhere Einkommen.

Das Gleichgewicht auf dem Gütermarkt ist durch einen anderen Zusammenhang als das Gleichgewicht auf den Geld- und Finanzmärkten gegeben.

- IS (Investment Saving): Unternehmen produzieren viel und wachsen, wenn sie Produktionssteigerungen und Prozessverbesserungen finanzieren können. Dies geschieht üblicherweise mit Krediten. Geringe Zinsen entsprechen günstigen Krediten. Somit ist die Produktion bei geringen



IS-LM-Modell



IS-LM-Modell: Beispiel

Zinsen besonders hoch. Sind die Zinsen jedoch hoch, ist es für Unternehmen teurer Kredite aufzunehmen und rentabler, Geld anzulegen. Die Produktionsleistung nimmt ab.

- LM (Liquidity preference-Money supply): Es sollen immer die gleichen Finanzmittel im Umlauf sein. Erhöhte Einkommen und Produktion führen jedoch zu einem erhöhten Geldtransfer. Durch die Steigerung des Zinssatzes wird sparen jedoch attraktiver und die Investitionsbereitschaft sinkt. Somit kann die Menge der Finanzmittel im Umlauf reduziert werden und wieder ein Gleichgewicht erzeugt werden. Andernfalls kämte es zu einer übermäßigen Verteuerung von Produkten durch eine unangemessen hohe Investitionsbereitschaft.

Ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht besteht nur, wenn beide Beziehungen im Gleichgewicht sind. Also wenn sich beide Kurven schneiden. Eine Veränderung einer Kurve führt zu einer Schnittpunktverschiebung. Nur durch eine Anpassung der anderen Kurve durch den Politik-Mix (die Kooperation von Geld- und Fiskalpolitik), kann ein stabiles Einkommens- und Produktionsniveau ermöglichen.

Staatsschulden werden aus Perspektive der Nachfrageorientierung begrüßt und im Zuge der anti-zyklischen Fiskalpolitik geduldet und als sinnvoll erachtet. Wenn möglich, sollten Staatsschulden jedoch zurückgezahlt werden.

Aus Perspektive der Angebotsorientierung sollte der Staat seine Investitionen zurückfragen. Staatsverschuldung grundsätzlich werden kritisch gesehen.

Bereiche und Instrumente der Wirtschaftspolitik

Es werden Maßnahmen des Staates zur Beeinflussung der Wirtschaft betrachtet. Da der Staat nicht selber wirtschaftet, beeinflusst er das „Wirtschaften“ von Marktteilnehmern. Es muss immer ein ganzheitlicher Überblick (einschließlich der Entwicklungen im Ausland) zugrunde liegen, damit der Staat im Interesse der wirtschaftlichen Zielgrößen agieren kann - wie es ihm durch das Grundgesetz und das Stabilitäts und Wachstumsgesetz aufgetragen ist.

Der Staat kann in zwei Bereichen agieren: Der Ordnungspolitik, welche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schafft, und die Prozesspolitik, welche in die aktuellen Entwicklungen eingreift. Bestandteil der staatlichen Wirtschaftspolitik sind zum einen die Fiskalpolitik (Staatspolitik) und die Geldpolitik durch die Zentralbanken (und ggf. große Banken).

Fiskalpolitik und Geldpolitik

Fiskalpolitik

Diese beinhaltet: Konjunkturprogramme, Steuern, Subventionen, ...

Begründet wird die Fiskalpolitik mit dem Multiplikatoreffekt. Dieses besagt, dass die gesamtwirtschaftliche Lage durch fiskalpolitische Maßnahmen multiplikativ verbessert wird. Infrastrukturinvestitionen haben den größten Effekt. Dabei gilt die Formel

$$\frac{1}{1-C} \cdot I_s = I_m,$$

Wobei C die Grenzneigung zum Konsum, I_s die Startinvestition und I_m die Multiplikatorwirkung ist.

Geldpolitik

Die Geldpolitik beinhaltet die Steuerung der Geldmenge, des Zinses und des Geldwertes. Dies kann durch Gelddruck, das Setzen des Leitzinses, den Kauf von Staatsanleihen und mehr umgesetzt werden.

Maßnahmen der Ordnungspolitik

Ziel: Garantie eines freien Marktes und einer sozialen Marktwirtschaft

- Zurückhaltung des Staates: Eingreifen nur bei potenziellem Marktversagen
- Wettbewerbschutz: Schaffung der Rahmenbedingungen (Regeln/Gesetze, Kartellamt, ...) für eine funktionierende soziale Marktwirtschaft
- Sozialpolitik nach dem Subsidiaritätsprinzip: Sozialversicherungen/-leistungen
- Arbeitnehmernstärkung: Schaffung der Freiheit für Tarifverhandlungen und Betriebsräte
- Unabhängige Notenbank

Maßnahmen der Prozespolitik

Sämtliche aktiv in die Wirtschaft eingreifende Handlungen des Staates zum Erreichen der Ziele für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Konjunkturpolitik

Ziel: Reduktion von Konjunkturschwankungen

- Fiskalpolitik
 - Staatsnachfrage (staatliche Investitionen, Subventionen, etc.)
 - Anreize für privaten Konsum und Investitionen setzen (Steuersenkungen etc.)
- Geldpolitik: Veränderung des Zinses oder der Geldmenge, um die Investitions-/Konsumbereitschaft zu erhöhen oder herabzusenken

Wachstumspolitik

Ziel: stetige und angemessene Steigerung des BIP/Kopf

Somit ist es notwendig, positive Wachstumsbedingungen zu erzeugen

- Stabiles politisches System
- Flexibler Arbeitsmarkt
- Angemessener sozialer Ausgleich
- Solide Haushalte

Strukturpolitik

Ziel: Verringerung der Nachteile ländlicher Gebiete (regional) und der Belastung durch Strukturwandel (sektoral)

Es wird zwischen nachsorgender und vorausschauender Strukturpolitik unterschieden.

- Regional
 - Aufbau von Infrastruktur
 - Schaffung von Investitionsanreizen
 - Subventionen
 - etc.
- Sektoral
 - Subventionen für absterbende Industriezweige
 - etc.

Qualitatives Wachstum und nachhaltige Entwicklung (Ökonomie vs. Ökologie)

Nachhaltigkeit

Aufteilung in drei Dimensionen: Ökonomie, Ökologie, Soziales.

Das Ziel ist eine stabile Wirtschaft (Ökonomie), kein Raubtan an der Natur zu betreiben (Ökologie) und soziale Spannungen/Disparitäten zu begrenzen (Soziales).

BIP als Wohlstandsindikator

- Der BIP bzw. das Wachstum des BIPs wird häufig als Indikator für Wohlstand gesehen
- So wird jedoch ausschließlich die ökonomische Dimension (Wachstum/Stabilität der Wirtschaft) berücksichtigt

- Kritik am BIP als Wohlstandsindikator: „Wachstum = Wohlstand“ sei zu hinterfragen
- Schwächen des BIP
 - Basiseffekt: Wachstum hängt vom bereits erreichten wirtschaftlichen Ausgangspunkt ab
 - Merktferne Leistungen werden vernachlässigt
 - Die Güterverteilung in einer Gesellschaft wird nicht berücksichtigt
 - Den Wohlstand nicht fördernde Leistungen (wie Reparaturleistungen) fließen positiv in das BIP ein
 - Rein materielle Betrachtung ohne qualitative Wahrnehmung des Lebensstils
- Alternativen zum BIP, welche auch soziale, ökologische und kulturelle Aspekte berücksichtigen
 - Human Development Index (HDI): Berücksichtigung des BIP (Ökonomie), der Alphabetisierung (Soziales: Bildung, soziale Ausgewogenheit), Lebenserwartung (Soziales)
 - Happy Planet Index: ökologische Effizienz einer Region, Bezug zwischen dem ökologischen Fußabdruck (Kosten) und der Lebenszufriedenheit sowie Lebenserwartung (Gewinn)
 - Earth Overshoot Day: Beschreibt den Übermäßigen Verbrauch von Ressourcen und den Raubbau an der Natur (Ökologie), kann auch in der Anzahl der benötigten Erden zur Ressourceneckendeckung beschrieben werden

EWU und EZB

Die europäische Kooperation hat 1979 mit der währungspolitischen Zusammenarbeit durch die EWS (Europäisches Währungssystem) begonnen. Es sollten die Währungsschwankungen der Währungen der EWG Mitglieder reduziert werden.

1993 kam es dann zur Intensivierung der Kooperation nach dem Vertrag von Maastricht in drei Stufen.

1. Kooperation der Zentralbanken
 - Abbau von Kapitalbeschränkungen
 - Konvergenz der Mitgliedsstaaten
2. Vorbereitung auf Stufe drei durch Verbesserung der Konvergenz und Schaffung des europäischen Währungsinstituts
3. Einführung des Euros und Festlegen der Umrechnungskurse
 - Inkrafttreten des Stabilitäts- und Wachstumspakts
 - Einführung des Wechselkursmechanismus 2
 - Beginn einheitlicher Geldpolitik (nur im Eurosystem)

Die Europäische Zentralbank (EZB)

Das oberste Ziel des ESZB (Europäischen Systems der Zentralbanken) ist die Preisstabilität. Zu den weiteren Aufgaben des ESZB zählen nach einem EU-Vertrag das Festlegen der Geldpolitik der EU, das Devisengeschäft, die Veraltung und das Vorhalten offizieller Währungsreserven und das reibungslose Funktionieren des Zahlungssystems.

Aufbau

- ESZB: EZB und die nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedsstaaten
- Eurosystem: EZB und die nationalen Zentralbanken aller Euroländer

Organe des ESZB

- Direktorium: Präsident, Vizepräsident, vier weitere Mitglieder
 - Führt das laufende Geschäft
 - Setzt Beschlüsse durch
 - Bereitet die Sitzungen vor und leitet diese
- Rat: Direktorium, Präsidenten der nationalen Zentralbanken des Eurosystems
 - Beschlussorgan
 - Festlegen der Leitlinien für die Geldpolitik
- Erweiterter Rat: Direktorium, Präsidenten der nationalen Zentralbanken des ESZB
 - Beratende Funktion
 - Datenerhebung
 - Diskussion um mögliche Erweiterungen der Union

Instrumente

Es gibt drei Arten von Instrumenten zur Stützung der Preisstabilität:

- Offenmarktgeschäfte: An- und Verkauf von Wertpapieren von oder an Geschäftsbanken (wichtigstes Geschäft: Hauptfinanzierungsgeschäft)

- Ständige Fazilitäten: kurzfristige Liquidität mit der Spitzenrefinanzierungsfazilität und der Einlagenfazilität (So werden die Zinsober-/untergrenze festgelegt)
- Mindestreserven: Zwangseinlagen (Sicherung von Einlagen und Schuldverschreibungen) und Bankenliquidität (Begrenzung der Weitergabe von Finanzmitteln)

Strukturen Sozialer Ungleichheit, sozialer Wandel und soziale Sicherung

Erscheinungsformen und Auswirkungen sozialer Ungleichheit

Soziale Ungleichheit ist als die ungleiche Verteilung von Ressourcen die in einer Gesellschaft angesehen sind in dieser Gesellschaft definiert. Eine solche Ungleichverteilung führt zu ungleichen Lebens- und Verwirklichungschancen. Diese Ungleichverteilung muss gesellschaftlich/sozial bedingt sein. Individuelle (Persönlichkeit), momentane (Lotteriegewinne) und natürliche (Beinderhungen) Vor-/Nachteile werden nicht gewertet. Ebenso ist das Nutzungspotenzial von Ressourcen und nicht die Nutzung oder Umsetzung relevant.

In unserer Gesellschaft sind Sicherheit, Wohlstand und Gesundheit häufig erstrebenswerte Güter.

Arten von Ungleichheiten

Es wird zwischen Verteilungs- und Chancenungleichheit unterschieden. Beide sind grundsätzlich unabhängig, können jedoch miteinander korrelieren. Sie bieten ähnliches Konfliktpotenzial.

Verteilungsungleichheit

Erstrebenswerte Güter sind zu einem gegebenen Zeitpunkt ungleich verteilt. Verteilungsungleichheit tritt z. B. Zwischen Facharbeitern und Geschäftsführern auf.

Chancenungleichheit

Die Möglichkeiten die Verteilung und Verteilungsungleichheiten zu verändern und zu beeinflussen sind beschränkt bzw. unterschiedlich zugänglich. Solche Chancenungleichheiten sind u. A. Durch folgende Aspekte bedingt: Soziale Klasse, Berufsgruppe, das Geschlecht, Migrationshintergrund, Wohnort, alter, Ethnizität, Familie etc.

Determinanten sozialer Ungleichheit

Es wird zwischen zwei Kategorien von Determinanten unterschieden. Den erworbenen und den zugeschriebenen Ursachen. Zugeschriebene Determinanten sind: Geschlecht, Alter, soz. Herkunft, Ethnizität etc. Erworbene Determinanten sind Bildungsgrad, Beruf, Familien- und Lebensform etc. Ungleichheiten welche aufgrund von zugeschriebenen Determinanten entstehen werden meist als nicht legitim kritisiert. Vermeidung von Ungleichheiten aufgrund von zugeschriebenen Determinanten ist auch die Grundlage des Sozialstaates.

Dimensionen sozialer Ungleichheit

Es gibt vier zentrale Dimensionen sozialer Ungleichheit: materieller Wohlstand, Bildung, Prestige und Macht. Über diese vier Dimensionen kann mittels Indikatoren und Analysen versucht werden, soziale Ungleichheit zu messen.

Materieller Wohlstand

Vermögen

- Die Summe aller Eigentumswerte eines Subjekts.
- Funktion von Vermögen
 - Grundstock für Einkommen (Vermietung, Renditen als Lebensgrundlage)
 - Eigene Nutzung (Eigentumswohnung)
 - Sicherheit (Reserven/Sicherungsfunktion)
 - Gestaltungsmacht (Status)

- Messung der Vermögensverteilung
 - Durchschnittsvermögen (arithmetisches Mittel)
 - Mittleres Vermögen (Median)

Einkommen

- Einkommensquellen
 - Erwerbsarbeit (Lohn etc.)
 - Besitz- bzw. Vermögenseinkommen (Vermietung etc.)
 - Transfereinkommen (Kindergeld etc.)
- Einkommensbeschreibung
 - Haushaltseinkommen
 - Haushaltsnettoeinkommen: alle Einnahmen nach Abzug von Steuern und Abgaben (2011: ca. € 3000)
 - Pro-Kopf-einkommen
 - Äquivalenzeinkommen: Faktorisiertes Einkommen zur Vergleichbarkeit des Potenzials zur Bedarfsdeckung (Normierung auf das Einkommen eines Singles)
 1. Summe aller Einkommen eines Haushaltes
 2. Ermittlung des Gewichtungsfaktors mit der OECD-Skala (erster Erwachsener 1; weitere ü. 14J: 0,5; bis 13 J.: 0,4)
 3. Division durch den Gewichtungsfaktor: Vergleichbares (normiertes) Einkommen
 - Quintile

Messung von Vermögen & Einkommen: Lorenzkurve & Gini-Koeffizient

- Lorenzkurve: Graph
 - x-Achse: kumulierte Bevölkerungsanteil
 - y-Achse: kumulierte Vermögens-/Einkommenswert
- Linien der totalen Gleichheit: Diagonale
- Linien der totalen Ungleichheit: x-Achse und Orthogonale ganz rechts
- Gini-Koeffizient
 - Berechnung: Division der Fläche zwischen Graph und Linie der totalen Gleichheit durch Fläche zwischen beiden Linien
 - Wert zwischen 0 und 1: kleinere Werte entsprechen einer gleicher Verteilung
 - Deutschland ca. 0,28 (leicht überdurchschnittlich)
 - Brasilien ca. 0,528 (sehr hoch)

Armut

- Absolute Armut
 - Unzureichende Ausstattung hinsichtlich lebenswichtiger Grundbedürfnisse
 - Unmittelbare und mittelbare Bedrohung der physischen Existenz
 - Schlimmste Entbehrungen, Zustand der Verwahrlosung und Entwürdigung, Kampf ums Überleben
 - weniger als 1,90 US-\$ pro Tag
- Relative Armut
 - Im Verhältnis zur Teilnahmefähigkeit an der Gesellschaft definiert
 - Unterschreitung des soziokulturellen Existenzminimums
 - Meist Armut in Industrie- und Schwellenstaaten (keine unmittelbare oder mittelbare Bedrohung)
 - In DE: Weniger als 60 % (rel.) bzw. weniger als 40 % (abs.) des Medians des Nettoäquivalenzeinkommens
- Die Erfassung von Armut ist aufgrund verschiedener Faktoren schwierig
 - Unterschiedliche Definition von Armut
 - Unterschiedliche Messerfahren der gleichen Definition
 - Keine vollständige Registrierung und Erfassung der Arbeitslosenzahlen
 - Selbstbetrug bei staatlichen Statistiken zur Beschönigung

Risikogruppen für Armut

- Traditionell: Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Kinder/Jugendliche, Menschen mit niedrigen Qualifikationen/Abschlüssen

Bildung

Bildung ist essenziell für gesellschaftlich-persönlichen Erfolg. Das Kernziel ist, (Chancen)Ungleichheiten abzubauen, welche nicht auf die persönliche Leistung sondern auf zugeschriebene Determinanten zurückzuführen sind. Dies ist nur mit einem optimierten Bildungssystem, welches mehr Durchlässigkeit ermöglicht, umsetzbar.

Indikatoren

- Höchster Abschluss

- Titel (Doktor etc.)

Bildungssituation

- Bildungsexpansion: Vorsprung der Akademiker hat abgenommen
- Die soziale Herkunft bestimmt jedoch weiterhin die Zukunftschancen einer Individuums (schicht-typische Ungleichheiten)

Ursachen

- Elternhaus ('schlechtes' Kind von guten Eltern fällt nicht auf)
- Besuchte Schulform, Positionierung im Schulsystem und der erungene Abschluss
- Pygmalion-Effekt (durch Robert Rosenthal entdeckt): höhere Erwartungen führen zu besseren Leistungen
 - Der Effekt ist unabhängig von der Wahrheit der Erwartungen, des Leistungsstandes oder der Lerngruppe
 - Wirkungskette: überdurchschnittliche Erwartungen -> Förderung, Motivation, Engagement, stärkere Verbesserungen (Bestätigung der Erwartungen)
 - Erwartungen gegenüber einer Person beeinflussen das Handeln gegenüber dieser Person
 - Das Handeln wirkt auf das Selbstbild der Person und führt zu den erwarteten Handlungen
 - Die Erwartungen werden bestätigt

Bedeutung der häuslichen Erziehung

- Veraltete Betrachtung: familiäre Sozialisation durch Übertragung klassen-/schichtabhängiger Strukturen auf die Kinder (Zielstrebigkeit, Selbstkontrolle, Leistungsstreben etc.)
- Moderne Betrachtung: weitergegebenes „feines“ Kapital prägt den Schul- und Bildungserfolg
- Messmöglichkeiten
 - Fürsorglichkeit (gemessen am Vorlesen)
 - Erziehungsmängel
 - Vorbildfunktion (gemessen an der Anzahl der Bücher)

Potenzial der staatlichen Bildung zur Nivellierung der Ungleichheiten

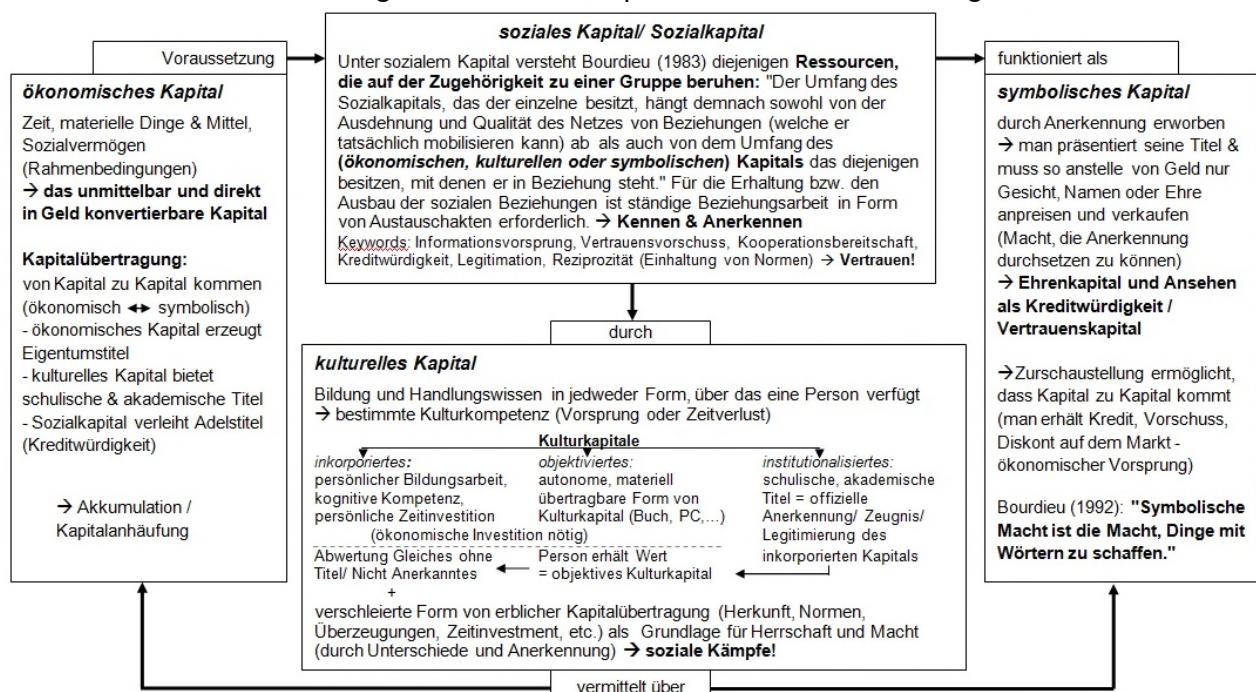
Die Schule als staatliche Institution kann am ehesten eine gleiche Behandlung durchsetzen/vorschreiben.

Die Bildung in der Schule erfolgt jedoch erst relativ spät. Zudem kann die Qualität der Erziehung ggf. geringer sein. In jedem Fall wird jedoch die Freiheit der Eltern eingeschränkt.

Aktuell können Schulen praktisch keine Erziehungsentscheidungen alleine treffen. Sie können ausschließlich die Eltern beraten.

Kapitale

Viele Effekte bei der Erziehung können durch Kapital Modelle verständlich gemacht werden.



Prestige/Macht

weitere Ungleichheiten

Geschlechterspezifische (Chancen)Ungleichheiten

Situation

- Ungleichheiten im Bildungs-, Arbeits- und Berufsleben
- Erfolgreiche Bekämpfung im Schulwesen (und zunehmend auch in den Universitäten): Frauen haben bessere Noten
- „Typische Frauenberufe“ werden häufig schlechter bezahlt (z. B. Grundschullehrerin im Vergleich zum Ingenieur)
- Frauen haben mehr Hindernisse bei einer erfolgreichen Karriere (z. B. Position in Aufsichtsräten)

Ursachen

- Stärkere Karriereorientierung von Männern
- Dominanzstreben und Selbstwertgefühl von Männern
- Frauen schätzen sich selbst häufig schlechter ein (Belastung und Kompetenz)
- Frauen verzichten häufiger zum Wohl der Familie

Die meisten - wenn nicht sogar alle - Ursachen sind durch (veraltete) gesellschaftliche Wertevorstellungen bedingt.

Frauenquote

- Pro
 - Lösen des Fachkräftemangels
 - Statistik: bessere Performance mit Frauen
 - Neue Ideen, Perspektiven, Denkrichtungen (Meinungen nur bei quantitativer Repräsentanz respektiert)
 - Unternehmen zwingen, sich mit dem Thema (Diversifizierung/Öffnung) zu beschäftigen
- Contra
 - Es besteht ein Qualitätsproblem, kein Personalproblem (provokant: Inkompetentes Personal verbessert nichts)
 - Bewertung und Beschäftigung muss diskriminierungsfrei erfolgen (Geschlecht sollte folglich unberücksichtigt bleiben)
 - Frauenquote wird als Aurede für schlechte Ergebnisse genutzt (schadet dem Image)
 - Entgegen dem Wert Gleichheit
 - Ineffizient: stattdessen Überzeugungsarbeit ohne Quote

Herkunftsbedingt

sekundär

Zwischen dne Generationen

sekundär

Aufgrund der gesellschaftlichen Stellung

sekundär

Gerechtigkeitstheorien

Soziale Gerechtigkeit ist der angemessene Ausgleich von Interessen. Die gerechte Verteilung von Ressourcen und Möglichkeiten steht im Vordergrund.

Absolute & relative Gerechtigkeit

- Absolute Gerechtigkeit: Gleichstellung in jeder Hinsicht
- Relative Gerechtigkeit (Verteilungsgerechtigkeit): Ungerechtigkeiten unter bestimmten Voraussetzungen werden akzeptiert (vgl. z. B. Leistungsgerechtigkeit)

Leistungs- & Bedarfsgerechtigkeit

- Leistungsgerechtigkeit führt zur primären Einkommensverteilung
- Eine Korrektur durch Sozialabgaben entsprechend der Bedarfsgerechtigkeit führt zur sekundären Einkommensverteilung

Generationengerechtigkeit

- Die Folgen jetziger Handlungen haben unterschiedliche Auswirkungen auf unterschiedliche Menschen
- Soziale Annahme: Man kann nicht jetzt auf Kosten zukünftiger Generationen leben

Chancengerechtigkeit

- Gleiche Startchancen für jeden
- Durch das Eindämmen von Diskriminierung und Benachteiligung zu erreichen.

Modelle und Theorien gesellschaftlicher Ungleichheit

Die folgende Tabelle stellt relevante Theorien kurz dar.

Zeit	Theorie/Modell	Vertreter	Gruppen
19. Jh.	Klassentheorie	Karl Marx	<ul style="list-style-type: none"> • Proletariat • Bourgeoisie
1930er	Schichtmodell	Theodor Geiger	<ul style="list-style-type: none"> • Kapitalisten • Mittelstand • Proletarier
1950er	Nivellierter Mittelstand	Helmut Schelsky	<ul style="list-style-type: none"> • Oberschicht • Mittelschicht • Unterschicht
1960er	Zwiebelmodell	Karl M. Bolte	<ul style="list-style-type: none"> • Sozial Verachtete • Unterschicht • Vier Mittelschichten • Oberschicht
1960er	Dahrendorf-Haus	Ralf Dahrendorf	<ul style="list-style-type: none"> • Eliten (1 %) • Dienstklasse (12 %) • Arbeiterelite (5 %) • Mittelstand (20 %) • Arbeiterschicht (45 %) • Falscher Mittelstand (12 %) • Unterschicht (5 %)
1960er	Hausmodell	Rainer Geißler	13 Schichten
1980er	Soziale Lagen	Stefan Hradil	Bis zu 64 verschiedene soziale Lagen
1990er	Sinus Milieus	Pierre Bourdieu (Sinus Institut)	10 Millieus, jeweils durch soziale Lage und Grundorientierung charakterisiert

Klassenmodelle

Es handelt sich um Modelle zur Strukturanalyse auf Grundlage von Hierarchien. Es gibt eine geringe Anzahl klar getrennter Klassen.

Nach Karl Marx

Unterteilung in zwei unversöhnliche Klassen: Bourgeoisie und Proletariat. Die Bourgeoisie sind Besitzbürger, welche über die Produktionsmittel und Kapital verfügen. Das Proletariat verfügt über wenig Vermögen, Proletarier sind lohnabhängig. Diese Ungleichheiten würden vererbt.

Erik Wright

Er ist ein moderner Vertreter eines Klassenmodells. Er ergänzt Marx' Modell um eine zweite Dimension mit der Ausstattung mit Qualifikationen. So entsteht ein differenzierteres Klassenbild.

Schichtmodelle

Die meisten uns bekannten Modelle sind Schichtmodelle. Typisch ist, dass die Schichten weiterhin vertikal differenziert sind. Der entscheidende Faktor für die Zuordnung ist meist der Beruf, da dieser als Indikator für materiellen Wohlstand, Prestige und Macht gesehen werden kann.

Schichtmodell - Theodor Geiger

- Einteilung nach Besitz der Produktionsmitteln und Einkommen

Zwiebelmodell - Karl Martin Bolte

- Beruf, Einkommen und die Schulbildung werden zur Schichtbestimmung herangezogen
- Die eher geringe Anzahl von Schichten sind nicht durchlässig

Dahrendorf Haus - Ralf Dahrendorf

- Zur Schichtbestimmung wird maßgeblich der Beruf und das Einkommen betrachtet

- Es werden mehr verschiedene Schichten betrachtet. Diese sind an bestimmten Grenzen zudem durchlässig

Hausmodell - Rainer Geißler

- Eine Ergänzung des Dahrendorf Hauses durch Differenzierung zwischen mehr Schichten (U. A. Migranten als neue Schicht)
- Die Durchlässigkeit zwischen den Schichten wurde zudem differenziert

Lagenmodelle

- Lagenmodelle versuchen sich zunehmend einer horizontalen Differenzierung zur präziseren Erfassung sozialer Situationen
- Horizontale Kategorien sind u. A.: Geschlecht, Alter, Ethnizität, Wohnort, Familie, ...

Sozial Lagen - Stefan Hradil

- Deutliche Steigerung der Kategorien auf bis zu 64
- Differenziertere/genauere und komplexe Betrachtung/Analyse

Milieumodelle

- Es sollen sowohl horizontale als auch vertikale Ungleichheiten erfasst werden, um ein Gesamtbild der soziokulturellen Situation zu erhalten
- Dementsprechend werden auch alle den Lebensstil beeinflussenden Größen betrachtet: Wertevorstellungen, politische Einstellungen, Zukunftsziele, ...

Sinus Milieus - Soziale Lagen, Milieus und Lebensstile

- Ursprüngliche Entwicklung in den 1990er-Jahren zur Marktforschung und Produkt-/Angebots(reichweiten)optimierung im Fernsehen
- Zweidimensionale Betrachtung: „Soziale Lage“, durchs Einkommen gemessen, (1 bis 3) und „Grundorientierung“ (A bis C)
- Die elf Milieus sind durch ihre Form und Position in einem Diagramm definiert
- Beispiele für Milieus
 - Expeditives Milieu: Hohe soziale Lage (1 bis 2) und unkonventionelle Orientierung (C)
 - Traditionelles Milieu: mittlere soziale Lage (2 bis 3) und eher traditionelle Orientierung (eher A)
 - Separate Sinus-Jugendmilieus: Bildung an Stelle der sozialen Lage (7 ähnliche Milieus)
- Verknüpfung jedes Milieus mit Informationen über das Verhalten/die Interessen von statistischen Individuen
 - Prekäre (B3): wenig Internet, viel Fernsehen (nicht kulturell/bildend)
 - Expeditive (C12): Fernsehen und Internet gleichermaßen, fordernd und gestaltend in Bezug auf Mediengestaltung

Entstrukturierungsthese

- Auflösung typischer Schichten/Klassen/Lagen: größere Dynamik und mehr Wechsel
- Konsumkultur löst typische (materielle) Grenzen auf: Fahrstuhleffekt (nach Ulrich Beck) beschreibt den allgemeinen Anstieg der Lebensverhältnisse
- Entstrukturierung führt jedoch nicht zu einer Beseitigung von Ungleichheiten: stattdessen kommt es zu einer Verschiebung in neue Bereiche

Nivellierter Mittelstand - Helmut Schelsky

- Es wird grob in Unter-, Mittel- und Oberschicht unterschieden: Es muss nur zwischen „normal“ und unter- bzw. überdurchschnittlich unterschieden werden
- These: zunehmender Abbau sozialer Unterschiede durch Vereinigung aller Schichten in einem nivellierten Mittelstand

Diskussion: Deutschland als Klassengesellschaft?

Meinung von Jutta Allmendinger

- Der typische Klassenbegriff ist in Deutschland nicht mehr anwendbar (typische Einteilung aus der Vergangenheit existiert nicht mehr)
- Ihre Definition einer Klasse
 - Vererbung der Klasse
 - Dauerhaftigkeit der Klasse
 - Geteilter Zustand
 - Einschätzung
 - Anwendung der Definition: Klassen existieren

- Selbstbild: kein Klassenbewusstsein
- Nach Marx: Bourgeoisie und Proletariat existieren so nicht mehr

Meinung von Ulrich Beck

- Fahlstuhleffekt als Grundlage: allgemeiner Anstieg des Lebensstandards
 - Angehobenes Niveau: längere Lebenszeit, verkürzte Arbeitszeit, gestiegenes Arbeitseinkommen, keine typischen Klassen mehr, ...
- Unterschiede auf so hohem Niveau führen nicht mehr zu Konflikten (trotz Unterschiede bereits „glücklich“)
- Individualisierungsthese: versucht zu erklären, dass es trotz Ungleichheiten nicht zu Konflikten kommt
 - Die Verfügbarkeit von Geld + Zeit führt zu Massenkonsum und der Distanzierung von Sozialmilieus
 - Individualisierung durch persönlichen Konsum (Unterschiede nicht mehr klassentypisch)

Ja-Argumente

- Schichttypische Lebenschanen und Risiken
- Schichttypische Orientierung, Verhaltensweisen, Interaktionen, Lebensstile und Milieus
- Schichttypische Individualisierungs- und Pluralisierungsprozesse
- Präsenz von Schichten im Alltagsbewusstsein
- Wahrnehmung sozialer Konflikte

Nein-Argumente

- Vereinheitlichung der Lebensbedingungen durch Massenkonsum
- Differenzierung, Diversifizierung und Pluralisierung
- Auflösung typischer Subkulturen
- Entschichtung der Lebenswelten
- Pluralisierung der Konfliktlinien, kurzlebige themenspezifische Konflikte (keine Klassenkonflikte)

Sozialer Wandel

Wandel gesellschaftlicher Strukturen

Bildungsexpansion

Bildung ist essenziell für gesellschaftlichen Aufstieg. Dementsprechend haben verschiedene Reformen eine umfassende Bildung einer breiteren Bevölkerungsschicht zugänglich gemacht, u. A. durch die Reduktion von (Schul)Gebühren.

Bis heute steigt der Anteil der Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife Richtung 50 % an. Ebenso ist die Studierendenquote auf ihrem historisch höchsten Wert. Lebenslanges Lernen ist vor allem wegen des schnellen Wandels von Erkenntnissen wichtig.

Demographischer Wandel

- Geburtenrückgang
 - Fertilitätsrate
 - Anzahl der Kinder pro Frau
 - Für den Bevölkerungserhalt müsste dieser Wert ca. 2,1 betragen
 - Aktuell wird jedoch der Wert ca. 1,5 erfasst
 - Ursachen
 - Emanzipation und Erwerbstätigkeit
 - Wohlstandspriorisierung
 - Mangel an Betreuungsangebot
 - Gestiegene Ansprüche an Eltern
 - Gesellschaftliche Akzeptanz von Kinderlosigkeit
- Sinkende Mortalität durch medizinisch-technischen Fortschritt
- Folgen
 - Gefährdung des Generationenvertrags als Problem für das Sozialsystem
 - Mehr Bedarf im medizinischen und Pflegebereich
 - Hoher Einfluss älterer Generationen (z. B. bei Wahlen)
 - Fachkräftemangel: Import von Fachkräften nur kurzfristig möglich und schadet den Herkunfts ländern (Braindrain)
 - Gute Berufsaussichten für junge qualifizierte Arbeitnehmer
 - Chancen zur Stärkung von Gleichberechtigung

Pluralisierung der Lebensformen

- Entwicklungen

- Vermehrung von Single-Haushalten (Verdopplung seit den 1960er-Jahren)
- Starker Rückgang personenstarker Haushalte (5+ Personen)
- Starker Rückgang der Eheschließungen (-40% seit 1950)
- Starker Anstieg des Heiratsalters (von 26,1a/28,5a auf 32,1a/34,2a)
- Akzeptanz von „neuen“ Lebensformen: Wohngemeinschaften, homosexuelle Familien, Alleinerziehende, Patchwork-Familien, ...
- Bedeutung
 - Bedeutungsverlust der „klassischen“ Familie
 - Verbreitung und Festigung von Gleichstellung aller Familienmitglieder

Entwicklung der sozialen Rollen

- Aufhebung klassischer Rollenverteilungen, besonders in Bezug auf Frau/Mutter und Mann/Ernährer (Herausforderungen durch Rollenwechsel)
- Individualisierungsprozess: Unabhängig von traditionellen Rollen, steht Selbstverwirklichung im Fokus
- Förderung von Gleichberechtigung & Vermeidung von Diskriminierung
- Vereinbarung von Familie und Beruf durch die Politik gefördert (Elterngeld, OGS, ...)

Wertewandel

- Übergang vom Materialismus zum Postmaterialismus
- Lebensumstände beinhalten meist keine materiellen Mängel mehr: postmaterielle Selbstverwirklichung als nächste Stufe in Maslows Bedürfnispyramide
- Wandel der Werte durch Wandel der Umstände während der Kindheit/Jugend zu erklären

Individualisierung

- Chancen
 - Pflicht zum eigenständigen Handeln: Freie Gestaltung des eigenen Lebens (Bastelbiographie), vgl. Ulrich Beck
 - Unabhängigkeit von traditionell bestimmenden Institutionen (Kirche, Familie, Gemeinde, ...)
- Herausforderungen
 - Gefahr des Orientierungsverlustes: Suche nach neuen Leitlinien
 - Entzauberung durch Rationalisierung

Migration

- Migration hat einen starken Einfluss auf den sozialen Wandel
- Auswanderung
 - Braindrain als Gefahr
 - Verlust von qualifizierten Arbeitskräften
- Einwanderung
 - Fachkräftegewinn
 - Import sozialer Lasten
 - Integrationsschwierigkeiten
- Situation in Deutschland
 - Seit Jahren positives Wanderungssaldo
 - 2015: letzte große Einwanderungswelle
 - 25,5 % mit Migrationshintergrund, davon 12,8 % ohne dt. Staatsbürgerschaft, 87,2 % mit
 - Personen ohne Schulabschluss: mit Migrationshintergrund ca. 10 %, ohne Migrationshintergrund ca. 1,5 %
 - Personen mit (Fach)Abitur: ähnlicher Anteil bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund
- Rechtliches: Herausforderung der Steuerung der (qualifizierten) Migration
 - Asylpaket 1 (2015): Bleiberecht für integrierte Jugendliche, schnellere Abschiebungsverfahren
 - Asylpaket 2 (2016): beschleunigte Asylverfahren, Einschränkung des Familiennachzugs
 - Asylpaket 2018: Transferverfahren, Dublin-Verfahren
 - Geplantes Einwanderungsgesetz

Wandel wirtschaftlicher Strukturen

Wandel der Sektorendominanz

- Zunächst Industrialisierung
- Heute Wandel zum tertiären Sektor/Dienstleistungssektor
- Vierter Sektor (Informationssektor) ist auf dem Vormarsch: Wissen & Information bestimmt Volkswirtschaften

Wohlstandswandel

Das Wirtschaftswunder in den 1950er- und 1960er-Jahren führte zu einem enormen Wohlstandsanstieg, wodurch sich die Konsumkultur drastisch verändert hat. Teure/viel Kleidung, Tourismus, Autos etc. sind heute häufig selbstverständlich und nicht bestimmten Gruppen vorbehalten.

Wandel der Beschäftigungsverhältnisse

Viele Teilzeitarbeiter, Leiharbeiter und Aufstocker (Ergänzung eines zu geringen Erwerbseinkommens mit Arbeitslosengeld 2) können das soziale (Sicherungs)System gefährden, da trotz weniger Beitragszahlungen eine höhere Nachfrage nach Leistungen besteht. Solche Beschäftigungsformate können jedoch auch der erneute Einstieg in die Gewerbstätigkeit sein.

Sozialstaatliches Handeln

Sozialstaatsprinzip

Das deutsche Grundgesetz legt in Art. 20 Abs. 1 fest, dass Deutschland ein Sozialstaat ist und sich auf soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit zu fokussieren hat. Der Begriff Wohlfahrtsstaat wird weitgehend synonym verwendet. Im Detail beschreibt er jedoch die Steigerung des Sozialstaates durch Missachtung des Subsidiaritätsprinzips und Überdehnung des Solidaritätsprinzips (Prinzipien weiter unten erläutert).

Gründe für die Errichtung eines Sozialstaates

- Funktionalistische Theorie: notwendige Reaktion auf Modernisierung und Industrialisierung
- Konflikttheorie: Druck durch (Arbeitnehmer)Bewegungen
- Institutoinelle Theorien: Handeln staatlicher Instanzen im (internationalen) Standort-Wettbewerb

Rechtsgrundlage

Sozialstaatsprinzip

- GG §20.1: demokratischer und sozialer Bundesstaat
- GG §28.1: sozialer Rechtsstaat

Soziale Grundwerte

- GG §1.1: Menschenwürde
- GG §14.1,2: Sozialbindung des Eigentums (trotz Eigentumsrecht ist die Sozialverträglichkeit von Eigentumsnutzung zu bedenken)
- GG §3: Gleichheitsgrundsatz
- GG §6: Schutz von Familie, Ehe, Mutterschaft und unehelichen Kindern

Ziele

- Sozialer Ausgleich
 - Minderung ungleicher Einkommensverteilung und Lebensverhältnisse
 - Soziale Benachteiligungen abmildern
 - Sozialen Frieden im Land wahren
 - Zukunftsfähige Gesellschaft aufbauen
- Soziale Sicherung
 - Materielles Elend beenden
 - Sicherung eines menschenwürdigen Daseins (Grundsicherung)
 - Ergmöglichung einer eigensätdigen Daseinsvorsorge
 - Existenzgrundlage aller Bürger sichern, z. B. durch Krankenversicherungen, Bafög, ...

Sozialstaatliche Modelle

Der konservative Sozialstaat

- Ort: Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande
- Wert: Sicherheit
- Prinzip: soziale Marktwirtschaft
- Finanzierung: Sozialabgaben von Arbeitnehmern und -gebern, teilweise auch mit Steuern
- Leistungen: eher von Beiträgen (beruflichem Staatus) abhängig, teilweise unabhängig (Grundsicherung)

Der liberale Wohlfahrtsstaat

- Ort: USA, Kanada, Australien, Großbritannien
- Wert: Freiheit (familienbetont)
- Prinzip: minimale Sozialpolitik und Privatisierung, Zwang zur Lohnarbeit (Unsicherheit als Katalysator)
- Finanzierung: größtenteils nicht notwendig
- Leistungen: gering und nur mit individueller (Bedürfnis)Prüfung

Der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat

- Ort: Schweden, Norwegen, Dänemark
- Wert: Gleichheit
- Prinzip: aktive Arbeitsmarktpolitik
- Finanzierung: hohe Steuern
- Leistungen: Anspruch auf Versorgung auf höchstem Niveau als Bürgerrecht

Soziale Sicherung

[missing]: Sozialleistungen Diagramm

Soziale Sicherung (konkret, Arbeit und Soziales) macht mit ca. 41 % den Großteil des Bundeshaushaltes aus. Zur sozialen Sicherung gibt es mehrere Prinzipien. Diese werden in einem sozialen Netz, einem System mehrerer sozialpolitischer Maßnahmen, umgesetzt.

Grundprinzipien

Die drei Säulen bilden:

- **Versicherungsprinzip:** Beitragszahlungen durch Mitglieder ermöglichen die Streuung des Risikos, da die Versicherung im Schadensfall/Versicherungsfall (z. B. Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Alter etc.) die Kosten für Mitglieder durch die Beitragszahlungen aller begleichen kann
 - Rentenversicherung, Krankenversicherung, ALG 1, etc
- **Versorgungsprinzip:** Haben Personen Opfer oder Leistungen für die Gesellschaft erbracht, werden diese dafür vom Staat mit Steuermitteln „entschädigt“.
 - Beamtenversorgung, Kriegsopfersversorgung, Elterngeld, Kindergeld, Hinterbliebenenrente, etc.
- **Fürsorgeprinzip:** Es werden Zahlungen ohne individuelle Leistung/Beitragszahlung bei Bedürftigkeit (Arbeitslosigkeit etc.) getätigt. Diese werden mit Steuermitteln finanziert.
 - ALG 2, Sozialhilfe, Wohngeld, etc.

Diese sind folgendermaßen umgesetzt:

- **Solidaritätsprinzip:** gegenseitiges Einstehen der Mitglieder einer Gruppe füreinander
 - Im anonymen Sicherungssystem: Umverteilung der Belastung
 - Gleiche Leistung unabhängig vom variablen Betrag
 - Ausprägungen
 - Risiken zusammenlesen
 - Intertemporale Umverteilung: beitragsfreie Zeit abgedeckt
 - Interpersonale Umverteilung: Schwächere unterstützen
- **Subsidiaritätsprinzip:** Selbsthilfe vor Fernhilfe, erst eigene Möglichkeiten, Ressourcen, Kontakte nutzen
 - Entlastung staatlicher Strukturen
 - Unterstützung kleiner sozialer Einheiten & Wohlfahrtsverbänden
 - Aktive Teilhabe der Betroffenen
- **Äquivalenzprinzip:** Abhängigkeit der Leistungen von Beiträgen
 - Teilhabeäquivalenz bei veränderten Beiträgen: Mehrwert durch gleichen Beitrag zum gleichen Zeitpunkt immer identisch (Punktesystem der Rentenversicherung)

Sozialversicherungen

In Deutschland existieren verschiedene Sozialversicherungen, welche verpflichtend sind. Jedoch kann z. B. die gesetzliche Krankenversicherung unter bestimmten Umständen und zu anderen Modalitäten durch eine private Krankenversicherungen ersetzt werden. Zudem werden die Zahlungen teilweise auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgeteilt. Das Verhältnis Arbeitnehmer:Arbeitgeber ist in Klammern angegeben.

- Rentenversicherung: 18,5 % vom Bruttoverdienst (1:1)
- Gesetzliche Krankenversicherung: 14,6 % vom Bruttoverdienst + Zusatzbeitrag (1:1)
- Pflegeversicherung: 3,05 % vom Bruttoverdienst, zzgl. 0,25 % für Kinderlose ab 23 a (1:1)
- Arbeitslosenversicherung: 2,4 % vom Bruttoverdienst (1:1)
- Unfallversicherung: Abhängig von der Gefahrenklasse, Betriebsklasse usw. (0:1)

Sozialhilfe

Die Sozialhilfe übernimmt die Grundsicherung, um das Existenzminimum zu garantieren. Der Regelbedarf ist gesetzlich festgeschrieben und wird jährlich angepasst. Sozialhilfe wird z. B. in folgenden Fällen bezahlt:

- Hilfe zum Lebensunterhalt bei Menschen ohne Anspruch auf Rente oder ALG 2
- Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
- Übernahme von Pfegekosten

Arbeitslosengeld II

ALG 2 bietet eine Grundsicherung für erwerbsfähige Personen, welche ihren Lebensunterhalt nicht selbst stemmen können. Arbeitslosigkeit oder ALG 1 sind keine Voraussetzungen für Zahlungen. Die Regelleistungen werden von der Agentur für Arbeit gezahlt. Die Kosten für Heizung und Unterkunft von den kreisfreien Städten und Kommunen.

Der Regelbedarf wird jährlich neu festgesetzt. 2020 gab es für Alleinstehende/Alleinerziehende 432 €/Monat und für Jugendliche von 15 bis 18 a 328 €/Monat.

Sozialbudget

Das Sozialbudget wird in einem jährlichen Bericht von der Bundesregierung erläutert. Es enthält z. b. Die Sozialleistungsquote, welche den Anteil der sozialen Leistungen am BIP beschreibt.

Sozialer Ausgleich

sekundär

Steuermöglichkeiten

- Distributiv: Unterstützung auf Kosten anderer (Geld aus anderen Töpfen entnehmen: Zuschüsse)
- Redistributiv: Versicherungsprinzip
- Leistungsanforderungen: redistributiv
Finanzielle Anreize: distributiv
- Material: (monetäre) Transferleistungen
Immateriell: regulative Programme, Selbstverwaltung

Finanzierung von Sozialleistungen

Die Quelle sämtlicher Gelder sind Zahlungen von Mitgliedern der Gesellschaft. Konkret werden Zahlungen (in Form von Steuern oder Beitragszahlungen) sowohl von privaten Haushalten als auch von Unternehmen erhoben. Entweder sind die Zahlungen direkt an einen Zweck (zum Beispiel die Krankenversicherung) geknüpft, oder fließen in den Staatshaushalt ein. Im zuletzt genannten Fall kann der Staat dann Zuschüsse in bestimmten Situationen geben (u. A. Die Rentenversicherung).

Ausgaben des Individuums

Leistung	Arbeitnehmer	Arbeitgeber
Einkommenssteuer	unterschiedlich	N/A
Solidaritätszuschlag	unterschiedlich	N/A
Gesetzliche Krankenversicherung	7,95 %	7,95 %
Arbeitslosenversicherung	1,2 %	1,2 %
Rentenversicherung	9,3 %	9,3 %
Unfallversicherung	N/A	unterschiedlich
Pflegeversicherung	1,525 %	1,525 %

Die Einkommenssteuer unterliegt einem progressiven Steuersatz. Der nächste Euro wird mit jeweils einem höheren Stuersatz versteuert. Als kalte Progression wird die nicht inflationär angepasste Progression bezeichnet: Trotz gleichem Einkommenswert müssen mehr Steuern gezahlt werden.

- Der Grundfreibetrag ist ca. € 9.000.
- Der Spitzensteuersatz von 42 % fällt ab ca. € 58.000 an. In den 1980er-Jahren betrug dieser schon mal ca. 56 %.
- Der Reichensteuersatz von 45 % fällt ab ca. € 275.000 an.
- Die Leistungsbemessungsgrenze gibt eine obere Grenze für den zu berücksichtigen Teil des Bruttoeinkommens für Sozialabgaben vor.

Soziale Herausforderungen

Nicht wenige fordern einen totale Umbau des deutschen Sozialstaates aufgrund der im Folgenden erläuterten Probleme. Die Agenda 2010 hat versucht verschiedene dieser Anliegen umzusetzen, die häufig gewünschte Reform ist es jedoch nicht. Alle Beteiligten zufrieden zu stellen ist zudem unmöglich, da die Intentionen und Ziele häufig widersprüchlich und nicht gleichzeitig erreichbar sind.

Probleme

In Folge der unten genannten Probleme gerät immer der Generationenvertrag aus dem Gleichgewicht und wird gefährdet. Dieser ist jedoch die Grundlage des Sozialstaates wie wir ihn kennen.

Kosten der Sozialeistungen

Die Kosten für den Sozialstaat steigen unter anderem aufgrund des demographischen Wandels konstant an. Die folgenden drei Ursachen sind zentral:

- Demographischer Wandel: Alterung der Gesellschaft (mehr Leistungsempfänger, weniger Leistungszahler)
- Kostensteigerungen: Durch ältere Patienten steigen z. B. die Kosten pro Behandlung, zudem schließen ältere Menschen aufgrund eines höheren Risikos häufig mehr Versicherungen ab. Zusätzlich steigen die Erwartungen sämtlicher Versicherungen in Anbetracht technischen Fortschritts.
- Arbeitsmarktentwicklung: hohe Arbeitslosigkeit, geringfügige Beschäftigung, Freiberufler, Beitrags hinterziehung, Studierende etc. gefährden die Finanzierungsgrundlage, da diese Personen keine Beiträge zahlen.

Obwohl sich alle über die Relevanz des Sozialstaates einig sind, gibt es doch diversen Widerstand gegen Beitragserhöhungen zur Kompensation der gestiegenen Kosten:

- Arbeitnehmer: Sozialbeiträge reduzieren die Kaufkraft und Konsumneigung
- Arbeitgeber: Sozialbeiträge führen zur Produktionsverteuerung und Reduzierung der Konkurrenzfähigkeit

Legitimationskrise

Vor allem steigende Kosten führen dazu, dass die Legitimität des Sozialstaates hinterfragt wurde. In der Folge wurde unter Gerhard Schröder mit der Agenda 2010 in praktisch allen gesellschaftlichen Bereichen Veränderungen durchgesetzt.

Wettbewerbsdruck

In Anbetracht des internationalen Wettbewerbs möchte der Staat natürlich gerne die Betragssummen reduzieren ohne die Leistungen zu kürzen. Denn so können neue Unternehmen und Fachkräfte angeworben werden.

Soziokulturelle Herausforderungen

- Konflikte zwischen unterschiedlichen Gruppen (Ethnizität, Alter, ...) unabhängig vom Sozialsystem können die Stabilität des Systems gefährden.
- Pluralisierung & Individualisierung: Die Verfügbarkeit von familiärer Pflege und anderer informeller Wohlfahrtsproduktion sinkt. Folglich wird eine diversifiziertere und konkreter Hilfe bei mehr Personen notwendig.
- Biprokratisierung von Prozessen.

Politisch-ökonomische Besonderheiten

- Seit der deutschen Wiedervereinigung existieren auch steuerbasierte Transferleistungen, welche Thema der öffentlichen Diskussion sind.
- Die Europäische Union gibt einerseits Vorgaben zur Gestaltung des Sozialsystems, andererseits fordert sie Entlastung im Sinne der Globalisierung.

Reform des Sozialstaates - Agenda 2010

Die Agenda 2010 wurde 2003 unter Gerhard Schröder beschlossen. Sie brachte weitreichende Veränderungen für die Renten-, Gesundheits-, Familien-, Arbeitsmarkt-, und Bildungspolitik. Das Ziel ist die Passivität der Leistungsempfänger durch umfangreiche Förderungen zu überwinden.

Zum einen können die verschiedenen Lösungsansätze betrachtet werden:

- Reduzierung der Kosten durch höhere Selbstbeteiligung und mehr Eigenversorgung
- Rentenversicherung: Nullrunde (Aussetzen von inflationsbedingter Erhöhung), Förderung privater Vorsorge (Riester Rente)
- Kranken-/Pflegeversicherung: höhere Zuzahlungen zu Medikamente, Unterstützung von Kindergarten

- Arbeitslosenversicherung: Lockerung des Kündigungsschutzes, Verkürzung des Leistungsempfangs von u. A. ALG 1
 - Sinkende Geburtenraten: Steuervergünstigung für Kinderbetreuung, Ausbau von Kita-Plätzen
- Ein weiterer Teil von Veränderungen wurde in den Hartz-Gesetzen umgesetzt:
- Hartz 1: neue Arbeitsformen (Leiharbeit), Weiterbildungsförderung (Bildungsgutscheine etc.)
 - Hartz 2: geringfügige Beschäftigung (Mini-/Midijobs), Einrichtung von Jobcentern, Förderung von beruflicher Selbstständigkeit
 - Hartz 3: Arbeitsamt wird Bundesagentur für Arbeit zur fallbezogenes Management
 - Hartz 4: Reduzierung der ALG 1 Bezugsdauer, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in ALG 2 zusammengefasst, Ein-Euro-Jobs für ALG 2 Bezieher (Mehraufwandsentschädigung)
- Diese Reformen wurden jedoch selbstverständlich auch kritisiert:
- Leiharbeit verdränge reguläre Arbeit
 - Geringfügige Beschäftigungen würden sozialversicherungspflichtige Stellen verdrängen
 - Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung für ALG 2 Bezieher täuschen die Statistik: Gelten nicht mehr als arbeitslos, obwohl sie es praktisch sind

Lohnpolitische Konzeptionen

Tarife

Tarifverträge werden zwischen Gewerkschaften und der Arbeitgebervertretung einer Branche vereinbart. Sie sind für alle Parteien bindend und sollen vor unwürdigen Arbeitsbedingungen schützen. Für die Unternehmen bieten sie Planungssicherheit aufgrund eines Streikverbots während der Vertragsgültigkeit. Für Arbeiter werden so deutschlandweit vergleichbare Löhne garantiert. Dieser Gleichbehandlungsgrundsatz gilt auch für Nichtorganisierte.

Arbeitskampf

Bestehen Uneinigkeiten bei den Tarifverhandlungen kommt es zum Arbeitskampf. Die Arbeitnehmer können streiken. Für die Gewerkschaften - welche den Lohn kompensieren - entsteht jedoch so eine hohe finanzielle Belastung. Die Arbeitgeber können die Arbeiter aussperren und keine Löhne zahlen. So kommt es jedoch zu Produktionsausfällen und die Gewinne sinken. Kommt es nicht zu einer Einigung gibt es ein Schlichtungsverfahren. Bei einer Zustimmung von 25 % bei einer Urabstimmung wird der Arbeitskampf beendet.

Die Rechtsgrundlage für den Arbeitskampf stellt zunächst das Grundgesetz, welches durch die Vereinigungsfreiheit die Entstehung von Gewerkschaften und Verbänden ermöglicht. Andererseits wird die Tarifautonomie garantiert, welche den ergänzten Kontext bietet.

Argumente der Arbeitnehmer

- Inflation
- Höhere Unternehmensgewinne
- Konkurrenz der Arbeitgeber
- Steuer-/Abgabenerhöhung
- Preis-Lohn-Spirale
- Leistungssteigerung
- Motivationssteigerung
- Konsumsteigerung: Binnennachfrage schaffen
- Abbau sozialer Ungleichheiten

Argumente der Arbeitgeber

- Lohn-Preis-Spirale
- Rücklagen für Abschwung
- Schulden abbezahlen
- Konkurrenzdruck
- Produktionsverlagerungen
- Sozialabgaben (höhere Kosten)
- Investitionen notwendig
- Gewinne locken Aktionäre
- Vermeidung von Entlassungen
- Orientierung an Produktivität
- Preisniveaustabilisierung
- Einzelbewertung angebrachter

Konzeptionen

Produktivitätstheorie

Es sollte moderate Lohnerhöhungen entsprechend dem Wirtschaftswachstum geben. Eine Lohn-erhöhung auf Grundlage von Inflation wird ablehnen, um den Arbeitsplatzabbau durch den entstehenden Wettbewerbsnachteil zu verhindern.

Kaufkrafttheorie

Der Lohn sollte entsprechend der Inflation erhöht werden. So wird die Kaufkraft und die Binnenkonsumnachfrage gestärkt bzw. bleibt zunächst konstant. Das alleinige Vertrauen auf die Exportnachfrage sei zu risikoreich.

Arbeitszeitpolitik

- In der Regel ist die Arbeitszeit pro Woche auf 48 Stunden begrenzt.
- In den 1980er-Jahren kam es zur Arbeitszeitverkürzung und gleichzeitig zum Lohnausgleich. Die Folge war eine Beschäftigungssteigerung.
- Heute gibt es Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich, da ein Fachkräftemangel besteht. Gleichzeitig wurde das Rentenalter durch die Sozialpolitik auf 67 angehoben.

Europäische Union

Die Europäische Union ist eine supranationale/föderale Union, welche entgegen ihres Namens historisch und nicht geographisch begründet ist. Ihre Beschlüsse gelten nicht nur zwischenstaatlich sondern sind auch in den Mitgliedsstaaten bindend. Da die Union jedoch keine eigene Verfassung und kein Gewaltmonopol hat handelt es sich um einen Staat.

Wichtige Bestandteile der Union sind der gemeinsame Binnenmarkt (die EU ist historisch stark wirtschaftlich geprägt und entwickelt sicherer heute darüber hinaus), eine gemeinsame (Außen)Handelspolitik, eine zum Teil gemeinsame Währung und einheitliche EU-Normen. Vom Maastricht bis Lissabon Vertrag basierte die EU auf einer Dreisäulenstruktur:

- Wirtschaft
- Außen- und Sicherheitspolitik
- Polizei & Justiz

Für jede Tätigkeiten der Europäischen Union bedarf es einer Rechtsgrundlage. Ihre Mitglieder müssen ihr entsprechende Rechte übertragen haben. In allen anderen Bereichen bleiben die Mitglieder unabhängig.

Aktuell hat die EU 27 Mitgliedsstaaten.

Historische Entwicklung als wirtschaftliche und politische Union

Motive des Einigungsprozesses

- Sicherheit, Freiheit, Schutz der Menschenrechte

Die EU wurde vor dem Hintergrund des zweiten Weltkriegs gegründet. Sie war die Verkörperung der Hoffnung und des Bestrebens solche schrecklichen Vorkommnisse in Europa zukünftig zu verhindern. Vor allem die wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands vom Ausland sollte Kriegsbestreben wie in der Vergangenheit während beider Weltkriege verhindern.

Ein größerer Einfluss in der Weltpolitik spielte natürlich zunehmend auch eine wichtige Rolle.

Es lassen sich folgende Punkte zusammenfassen:

- Ideologische Angst der USA vor dem Kommunismus: Suche nach europäischen Partnern
- Kriegsvermeidung nach der Urkatastrophe durch (wirtschaftliche) Abhängigkeit Deutschlands
- Beidseitiger wirtschaftlicher Nutzen
- Integrations-/Eingliederungswille Deutschlands

Chronologie

Jahr	Ereignis	Details
1914-1918	Erster Weltkrieg	
	„Panropa-Union“	Durch einen österreichischen Grafen mit dem Ziel Krieg zu vermeiden gegründet. Seine Bestrebungen scheiterten am folgenden Nationalsozialismus.
1939-1945	Zweiter Weltkrieg	Der Widerstand aus Deutschland, Frankreich und Italien fordert den Zusammenschluss der europäischen Ländern. So soll eine dritte Katastrophe bereits vor dem Ende der zweiten Katastrophe verhindert werden.
1946	Winston Churchills Zürcher Rede	Erkenntnis: Vereinigung nur bei Versöhnung und Zusammenarbeit bei Deutschland und Frankreich

Jahr	Ereignis	Details
1949	Europarat	10 Gründerstaaten, Deutschland tritt 1950/51 bei Ziel: Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und Schaffung einer Auflaufstelle für den gefallenen Ostblock
1950	Schumanplan	<ul style="list-style-type: none"> • Plan zur transnationalen Kontrolle der Schwerindustrie als Grundlage der Rüstungsindustrie zur Kriegsvermeidung • Beteiligungsweile Deutschlands: Integrationswille & Souveränitätsgewinn über das Ruhrgebiet
1951/52	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), auch Montanunion	<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung des Schumanplans: Aufsicht der Schwerindustrie durch eine höhere Behörde • Beseitigung von Zöllen und Schaffung eines gemeinsamen Marktes (wirtschaftlicher Vorteil) • Staaten: Deutschland, Frankreich, Italien, Benelux-Staaten
1954	Europäische Verteidigungsgemeinschaft	Das Vorhaben scheitert
1957	Römische Verträge	Durch Deutschland, Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten Gründung der <ul style="list-style-type: none"> • Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG): Zollunion, freier (Waren)Verkehr • Europäischen Atomgemeinschaft (EAG/Euroatom)
1963	Élysée-Vertrag	Beilegung der Deutsch-Französischen Erbfeindschaft durch Adenauer & Gaulle.
1967	EG (Europäische Gemeinschaft) Fusionsvertrag	Bisherige Institutionen/Organe werden nun in der EG zusammengefasst.
1979	Europäisches Parlament	Erste Direktwahl
1985	Schengen Abkommen	Aufhebung der Personenkontrollen an Binnengrenzen des Bündnisses
1993	Vertrag von Maastricht	Gründung der EU, einschließlich <ul style="list-style-type: none"> • Einführung der Unionsbürgerschaft • Kompetenzerweiterungen des Parlaments • Gründung der EWWU • Beschlüsse des Euros für 1999 • Intensivierung der Zusammenarbeit bezüglich Justiz, Inneres, Außen(handels)politik und Sicherheitspolitik
1997	Vertrag von Amsterdam	Vertiefung der Kooperation
2001	Vertrag von Nizza	Vertiefung der Kooperation
1999/2002	Einführung des Euros	Zunächst nur als Währung (für Unternehmen), anschließend auch als Bargeld
2005	Europäische Verfassung	Das Vorhaben scheitert
2009	Vertrag von Lissabon	Viele Reformen der abgelehnten Verfassung werden gerettet.
2014	Schengen Reform	

Mitglieder

Jahr	
1958	Deutschland, Frankreich, Italien, Benelux-Staaten
1973	Dänemark, Großbritannien, Irland
1981	Griechenland
1986	Spanien, Portugal
1995	Österreich, Finnland, Schweden
2004	10 Staaten aus Ost- und Südeuropa
2007	Rumänien, Bulgarien
2013	Kroatien

Großbritannien ist 2020 wieder aus der EU ausgetreten.

Kopenhagener Kriterien

Die Kopenhagener Kriterien gelten seit 1993 und sind die allgemeinen Voraussetzungen für einen Beitritt in die EU. Zusätzlich müssen alle bestehenden Mitglieder einem Beitritt zustimmen.

Politisches Kriterium

Im Beitrittsland muss eine stabile und zuverlässige Demokratie mit entsprechenden Institutionen existieren.

Wirtschaftliches Kriterium

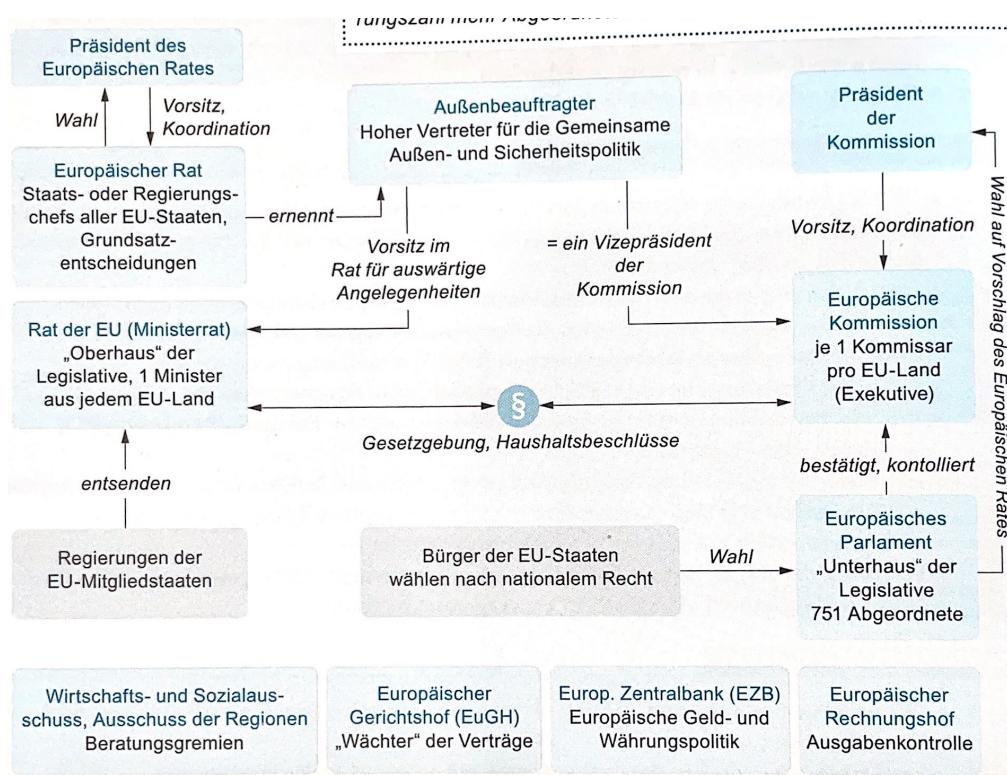
Es muss eine funktionierende und stabile Marktwirtschaft existieren.

Acquis-Kriterium

Die Rechte und Pflichten aus den Rechtsgrundlagen der EU müssen akzeptiert und umgesetzt werden. Selbstverständlich muss auch die Fähigkeit zur Umsetzung bestehen.

EU-gemeinschaftliches Kriterium

Bisherige gemeinschaftliche Strukturen (Schengener Abkommen, Binnenmarkt, EWWU, ...) müssen anerkannt und akzeptiert werden. Allgemeiner müssen ähnliche Wertevorstellungen bestehen.



Struktur

Europäischer Rat

- Art: intergouvernementale Institution
- Gründung: 1974
- Sitz: Europägebäude in Brüssel (Belgien)
- Sitzungen: normalerweise vier Mal jährlich (mindestens zwei Mal jährlich)
- Benennung: national
- Zusammensetzung
 - Staats- und Regierungschefs aller EU-Mitgliedsstaaten
 - Präsident des Europäischen Rates (ohne Stimmrecht)
 - Kommissionspräsident (ohne Stimmrecht)
 - Hohe Vertreter der Außen- & Sicherheitspolitik
- Vorsitz: ein für 2,5 Jahre gewählter Präsident mit administrativen Aufgaben ohne Stimmrecht
- Aufgaben
 - Leitlinienkompetenz: Definition der allgemeinen Ausrichtung der EU-Politik, welche von der Kommission umzusetzen ist
 - Nominierungskompetenz: Nominierung des Kommissionspräsidenten
 - Wahl ihres Präsidenten
 - Ernennung des hohen Vertreters der EU
 - Thematisierung von Konfliktpunkten
- Beschlussverfahren: Einstimmigkeit durch Verhandlungspakete
- Macht: große Macht, da die politische (Aus)Richtung der EU bestimmt wird

Europäischer Gerichtshof

- Art: supranationale Institution
- Gründung: 1952
- Sitz: Kirchberg-Plateau in Luxemburg (Luxemburg)
- Benennung: jeweils für 6 Jahre berufen
- Zusammensetzung: 1 Richter pro Mitgliedsstaat
- Vorsitz: Vorsitz durch einen Richter
- Aufgaben
 - Konfliktlösung
 - Rechtliche Kontrolle
- Macht: rein exekutive, keine gestalterische Macht

Europäisches Parlament

- Art: supranationale Institution
- Gründung: 1952
- Sitz:
 - Plenarsitzungen in Straßburg (Frankreich)
 - Ausschüsse auch in Brüssel (Belgien)
 - Sekreteriat auch in Luxemburg (Luxemburg)
- Sitzungen:
- Benennung: direkte Wahl von den Bürgern der Mitgliedsstaaten alle fünf Jahre nach nationalen Vorschriften
- Zusammensetzung
 - jeder Mitgliedsstaat verfügt über 6 bis 96 Sitze entsprechend vertraglicher Regulierungen (insgesamt 751 Mitglieder)
 - Organisation in multinationalen Fraktionen
 - Ständige Ausschüsse, Generalsekretariat, Präsident/Präsidium/Konferenzen der Präsidenten
- Vorsitz: Präsident, für 2,5 Jahre gewählt
- Aufgaben
 - Legislativfunktion: Teil des ordentlichen Gesetzgebungsverfahren, jedoch ohne Initiativrecht
 - Budgetierungsfunktion: Beteiligung am Aufstellen des Haushaltsplans
 - Wahlfunktion
 - Wahl/Bestätigung des Präsidenten der EU-Kommission und der Kommissar-Kandidaten (Abstimmung einer Kommission möglich)
 - Kontrollfunktion: kontrolliert ..

- Den Rat der EU
- Die Kommission (muss gegenüber dem Parlament berichten): Kann die Kommission mit einem Misstrauensvotum absetzen
- Die EZB (muss gegenüber dem Parlament berichten)
- Untersuchungsausschüsse
- Klagen beim EuGH
- Administration von petitionen
- Beschlussverfahren: im Regelfall mit absoluter Mehrheit (zwei Drittel Mehrheit bei Misstrauensvoten)
- Macht: zunehmendes Machtpotenzial, historisch jedoch eher begrenzt aufgrund mangelnder Integration im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren und mangelndes Initiativrechts (heute deutlich mächtiger)

Europäische Kommission

- Art: supranationale Institution (Mitglieder agieren unabhängig von ihrer Nation)
- Gründung: 1958
- Sitz: Brüssel (Belgien)
- Benennung: Wahl für fünf Jahre durch den Rat und das Parlament
- Zusammensetzung
 - Kommissionspräsidentin
 - Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik
 - Ein Kommissar pro Mitgliedsstaat
 - Kabinett, Generaldirektorium, Generalsekretariat
 - ein Kommissar pro Mitgliedsstaat
- Vorsitz: Präsident für 5 Jahre, durch den europäischen Rat vorgeschlagen, durchs Parlament bestätigt
- Aufgaben
 - Exekutivrecht: Umsetzung von Beschlüssen des Parlamentes und Rates
 - Kontrollfunktion: Hüterin der Verträge, Prüfung, ob europäische Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten eingehalten werden
 - Legislativfunktion: Vorschläge/Erarbeitung von Verordnungen & Erlösen auf externen Anreiz
 - Vertretung der EU im Ausland
- Beschlussverfahren
 - Kollegialprinzip: Bemühung um Konsenzfindung
 - Ressortprinzip: jeweils ein Kommissar für ein Ressort
 - Mehrheitsprinzip bei Entscheidungen
- Macht: Die Macht der Kommission ist eher beschränkt, da sich exekutiv und nicht gesalterisch arbeitet.

Rat der Europäischen Union (Ministerrat)

- Art: intergouvernementale Institution
- Sitz
 - Europagebäude in Brüssel (Belgien)
 - Tagungen auch in Luxemburg (Luxemburg)
- Benennung: national
- Zusammensetzung
 - Fachminister aller EU-Staaten
 - Konstellation je nach verhandeltem Politikbereich
- Vorsitz: halbjährlicher Wechsel nach einer festgelegten Reihenfolge (drei aufeinander folgenden Staaten bilden eine Arbeitsgruppe)
- Aufgaben
 - Legislativfunktion: vgl. ordentliches Beschlussverfahren
 - Budgetierungsfunktion: Aufstellung des Haushaltsplans mit dem Rat der EU
 - Unterzeichnung internationaler Übereinkünfte
- Beschlussverfahren
 - Im Falle des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens: Qualifizierte/doppelte Mehrheit (seit dem Vertrag von Lissabon): mind. 55 % der Mitgliedsstaaten und mind. 65 % der EU-Bevölkerung
 - Einstimmigkeit bei der GASP (gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik)

- Macht: meist Trittbrettfahrer mit dem europäischen Rat, eigentlich Kompetenz jedoch eher groß im Vergleich zu anderen Organen

Europäische Zentralbank

- Art: supranationale Institution
- Gründung: 1998
- Sitz: Frankfurt am Main (Deutschland)
- Vorsitz: Präsidentin
- Aufgaben
 - Währungshütung
 - Preisstabilität
 - Wirtschaftsförderung
- Macht: rein exekutive, keine gestalterische Macht

Weitere Organe

- Europäischer Rechnungshof

Kritik - Demokratiedefizit

Perspektive: Existiert

- Starke Stellung des europäischen Rates
 - Nicht europäisch legitimiert
 - Nicht zwingend (direkt) gewählt
 - Begrenzte politische und rechtliche Kontrolle durch Kommission, Parlament, EuGH, ...
- Schwache Stellung des Europäischen Parlamentes
 - Kein Initiativrecht
 - Keine gleiche Beteiligung an allen Politikfeldern (z. B. Außen- & Sicherheitspolitik)
- Keine direkte Legitimation: Vertreter (Minister, Regierungschefs etc.) müssen an die Entscheidungen der nationalen Parlamente gebunden werden
- Öffentliche Sitzungen führen zu demokrateschädlichen Besprechungen im Hinterzimmer
- Geringe Beteiligung der (nationalen) Opposition
- Demokratisierung widerspricht dem Grundsatz des Staatenbundes
 - Subsidiarität als Kernprinzip würde übergangen

Perspektive: Existiert nicht

- Verschiedenste Aspekte einer Demokratie wurden bereits umgesetzt.
 - Legitimation: die Kommission wird parlamentarisch bestätigt, das Parlament wird direkt gewählt und die Vertreter sind national legitimiert
 - Kontrolle: gegenseitige Kontrolle der Institutionen
 - Mitglieder des starken Rates können national kontrolliert und geleitet werden
 - Transparenz: öffentliche Sitzungen (anders als häufig in dt. Ausschüssen)
 - Partizipation der Unionsbürger: Wahlrecht, Klagerecht, Petitionsrecht, ...
- Es existiert ein angemessen kompliziertes System. Es wird Unverständlichkeit mit undemokratisch verwechselt.
- Die regierende Exekutive - die Kommission - wird kontrolliert und, anders als z. B. in Deutschland durchs Parlament kontrolliert. (demokratielastiger)
- Die mangelnde Macht des europäischen Parlamentes liegt bei den nationalen Parlamenten, somit werden diese Aufgabenfelder auch demokratisch bearbeitet.
- Das Parlament hat nur kein direktes Initiativrecht. Es kann jedoch von der Kommission eine Initiative einfordern und erspart sich somit die Arbeit einen eigenen Gesetzesentwurf zu schreiben, sondern muss nur einen existierenden anpassen.

Normen & Gesetzgebung

EU-Normen

Einheitliche Festsetzungen innerhalb der EU erfolgen durch EU-Normen. Der Großteil der deutschen Normen ist europäischen Ursprungs. Deswegen wird häufig auch eine Überregulierung bemängelt. Diese Kritik ist die Grundlage einer regelmäßigen Überprüfung der Zweckmäßigkeit europäischer Normen (Meist alle fünf Jahre).

Einheitliche Normen sollen mehrere Zwecke erfüllen:

- Vereinfachung von Handels- und Produktionsprozessen

- Bessere Vergleichbarkeit und Bewertungsmöglichkeiten von Produkten
- Sicherung des europäischen (fairen) Wettbewerbs
- Schutz von Gesundheit, Sicherheit und Umwelt
- Erleichterung der Gewährleistungsabwicklung

Richtlinien und Verordnungen

Europäische Normen müssen letztlich noch in den Mitgliedsstaaten wirksam werden - also in konkretes Recht überführt werden. Dazu gibt es zwei Ansätze: Richtlinien und Verordnungen. Beide Arten des „Europäischen Rechts“ werden mit dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassen.

Natürlich kann es passieren, dass einzelne Mitglieder sich diesen Normen widersetzen und es stellt sich die Frage, wer das letzte Wort hat. Dies ist meistens in den Grundgesetzen der Nationalstaaten geregelt (wie auch in Deutschland). Die Problematik entsteht dadurch, dass die Europäische Union keine rechtsbindliche überstaatliche Strafverfolgung beinhaltet.

Richtlinien

Richtlinien geben Ziele und einen Rahmen zur Umsetzung dieser Ziele vor. Während eines befristeten Zeitraumes müssen die Mitgliedsstaaten der EU diese Richtlinien in nationales Recht überführen. Entsprechend dem vorgegebenen Rahmen haben sie bei der Umsetzung jedoch Gestaltungsfreiraum. Die Norm wird erst mit der Verabschiedung des nationalen Rechts wirksam.

Verordnungen

Verordnungen können schon eher als europäisches Recht bezeichnet werden. Denn sobald diese von allen beteiligten Organgen bestätigt wurden, gelten sie unmittelbar. Sie müssen nicht durch nationales Rechtsakte umgesetzt oder durch nationale Institutionen bestätigt werden.

Ordentliches Gesetzgebungsverfahren

Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren besteht aus mehreren Schritten, bei welchen wiederholt die Akteure Europäische Kommission, Rat der Europäischen Union und Europäisches Parlament beteiligt sind.

1. Anliegen: Das EU-Parlament, die nationalen Regierungen, Medien, Bürgerinitiativen oder andere Entitäten tragen der EU ein Anliegen vor.
 2. Vorschlag: Mit ihrer Exekutivfunktion muss die Europäische Kommission zu diesem Anliegen einen EU-Normen Vorschlag erarbeiten und diesem den EU-Parlament und Rat der Europäischen Union vortragen.
 3. Erste Lesung
 - (a) Zunächst berät der zuständige Ausschuss des Europäischen Parlaments und macht ggf. Änderungsvorschläge. Abschließend stimmt das Plenum über den Text ab.
 - (b) Anschließend wird der Text dem Ministerrat vorgelegt. Bestätigt dieser den Text mit qualifizierter Mehrheit ist er erlassen. Wenn nicht, können Änderungsvorschläge im „gemeinsame Standpunkt“ zusammengefasst werden.
 4. Zweite Lesung
 - (a) Nun liegt der Text wieder dem Europäischen Parlament vor. Es hat drei Optionen
 - Mit einfacher Mehrheit billigen: Erlassen
 - Mit absoluter Mehrheit ablehnen: kein EU-Gesetz
 - Mit absoluter Mehrheit Änderungsvorschläge vornehmen (nur in diesem Fall geht es weiter)
 - (b) Zunächst kann sich nun die Kommission positionieren.
 - (c) Daraufhin wird der Text wieder dem Ministerrat vorgelegt. Sie können das Gesetzesvorhaben verabschieden mit qualifizierter Mehrheit, wenn sich die Kommission positiv positioniert hat, oder einstimmig, wenn sich die Kommission negativ positioniert hat.
 5. Vermittlungsausschluss: Ist immer noch kein Gesetz verabschiedet wird ein Vermittlungsausschuss einberufen. Dieser besteht zur jeweils zur Hälfte aus Mitgliedern des Parlaments und des Rates. Wenn nicht innerhalb von sechs Wochen ein gemeinsamer Entwurf verfasst wurde, gilt das Gesetz als geschweift.
 6. Dritte Lesung: Nun muss das Parlament mit absoluter und der Rat mit qualifizierter Mehrheit abschließend zustimmen. Erfolgt dies nicht, ist das Gesetzesvorhaben endgültig gescheitert.
- Interventions- und Regulationsmechanismen
[missing]

Der Europäische Binnenmarkt

Die vier Grundfreiheiten

Die vier Grundfreiheiten stellen die Grundlagen des europäischen Binnenmarktes dar, welcher bereits seit 1993 existiert.

Freier Warenverkehr

Die Nationalstaaten dürfen nicht in den Warenverkehr eingreifen. Dies bedeutet, dass Grenzkontrollen wegfallen und Ein- und Ausfuhrzölle entsprechend dem Konzept einer Zollunion abgeschaffen werden.

Freier Personenverkehr

Der freie Personenverkehr basiert auf dem Schengener Abkommen und gilt entsprechend, anders als die anderen Freiheiten, nicht grundsätzlich für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Maßgeblich wird der Wegfall von Grenzkontrollen und die Freizügigkeit der Unionsbürger bzw. „Abkommens-Bürger“ beschrieben. Zeitweise dürfen Teilnehmer des Schengen Abkommens jedoch Grenzkontrollen wieder einführen. Diese Möglichkeit wurde z. B. während der Flüchtlingskrise 2015 von vielen Ländern genutzt.

Für EU-Bürger folgt daraus folgt konkreter die Arbeitnehmerfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit. Es dürfen Beschäftigungen und selbstständige Tätigkeiten in allen EU-Ländern unter gleichen Arbeitsbedingungen innerhalb eines Mitgliedsstaates aufgenommen werden.

Die Personenfreiheit hat jedoch Großbritannien vor dem Brexit-Referendum bereits eingeschränkt, indem es Sozialleistungen für Bürger im Ausland an das dortige Finanzniveau angepasst hat. Es wird vermutet, dass auch andere Länder (u. A. Deutschland) dieses Prinzip früher oder später anwenden werden.

Freier Dienstleistungsverkehr

Dienstleistungen dürfen von jedem Unternehmen mit einer Niederlassung in einem EU-Land auch in einem anderen EU-Land erbracht werden.

Freier Kapital- und Zahlungsverkehr

Es wird ein einheitlicher europäischer Kapitalverkehr geschaffen. Vgl. z. B. SEPA als europäisches Pendant zu Swift. Es dürfen grenzüberschreitende Investitionen getätigt und Kredite aufgenommen werden. Auslandsdirektinvestitionen (ADI) werden so vereinfacht bzw. erst ermöglicht.

Das Schengener Abkommen

Das erklärte Ziel des Schengener Abkommens ist die Abschaffung stationärer Grenzkontrollen an Binnengrenzen teilnehmernder Staaten.

Im ersten Schritt wurde das Schengener Übereinkommen 1985 von Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden unterzeichnet. Es beschrieb die Intention schrittweise die Grenzkontrollen im Personenverkehr abzubauen. 1990 wurde im Schengener Durchführungsübereinkommen die konkreten Maßnahmen beschlossen, welche 1995 in Kraft getreten sind. Neben dem freien Personenverkehr beinhalteten diese u. A. Die Angleichung der Visa-/Asyl-Politik, die gemeinsame Bekämpfung von (Drogen)Kriminalität und die stärkere Kontrolle an den Außengrenzen. Bis heute gab es viele Erweiterungen. 2020 gab es 26 Vollanwenderstaaten, welche allerdings nicht mit den EU-Staaten identisch sind. Nicht-EU-Länder sind Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz. Bis 1999 war der Vertrag rein völkerrechtlich. Dann wurde er allerdings durch den Vertrag von Amsterdam in die Hände der EU gegeben. Seitdem sind neue EU-Mitglieder auch zum Beitritt in den Schengenraum verpflichtet.

Vorteile

- Gesteigerter Wohlstand: Produktvielfalt, Arbeitsteilung, bessere Zusammenarbeit/Verbreitung
- Wettbewerbsdruck: größere Angebot, niedrigere Preise, Spezialisierung
- Wirtschaftswachstum: mehr Arbeitsplätze, höhere Einkommen
- Förderung schwächerer Regionen
- Konkurrenzfähigkeit mit anderen Wirtschaftsblöcken

Nachteile

- Sozialtourismus: Fachkraftmigration (Braindrain) und Armutszuwanderung
- Keine wahre Wohlstandssteigerung: BIP-Steigerungen ungleich verteilt
- Regional unterschiedliche Preisniveaus führen zur unterschiedlicher Konkurrenzfähigkeit

Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

Die Eurozone besteht aus Mitgliedern der EU, welche an der 3. Stufe der EWWU teilnehmen. Die Euroländer sind Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien und Zypern.

Nicht EU Mitgliedsstaaten können eine unterschiedlich starke Integration mit der europäischen Währung durchführen. Einige Länder nutzen den Euro als Währung. Andere Länder haben ihre Währungen mit einem festen Wechselkurs an den Euro gekoppelt.

Die EWWU ist nach dem Werder-Plan als Ersatz für das Bretton-Wood-System (damals gültiges Weltwährungssystem mit festen Wechselkursen) entstanden. Die Wirtschaftsunion und Währungsunion bieten viele Freiheiten und somit Vorteile für ihre Mitgliedsstaaten.

Der Euro ist sowohl für den Binnenmarkt als auch für den Außenhandel von großer Bedeutung. Sowohl auf übermäßige Inflation als auch Deflation müssen die Mechanismen der EWWU reagieren. Nach dem Dollar ist der Euro die zweite Leitwährung und somit von großer Bedeutung. Der Euro ist mehr wert als der Dollar und wird als konvertibel und stabil bezeichnet.

EZB

Die EZB ist die europäische Zentralbank. Sie ist nicht souverän, ihre Kompetenzen können als Erweiterung zum Binnenmarkt gesehen werden. Ihr doppeltes Mandat ist die Währungssicherung und Stabilitätssicherung. Nach der Eurokrise hat die EZB ein erweitertes Mandat zur einheitlichen europäischen Bankenaufsicht erhalten. Für kriselnde Banken wurde zudem ein einheitlicher Abwicklungsmechanismus geschaffen. Zu den grundlegenden Aufgaben der EZB zählt die Ausführung der Politik, das Devisengeschäft, die Administration und die Verwaltung der Geldreserven (Liquidität). Die Geldpolitik der EZB besteht aus offenmarktgeschäften, Zinssatzfestlegungen, Mindestreservequotierung, leitzins, Einlagenzins etc.

Maastrichter Konvergenzkriterien

Möchte ein Staat der EWWU teilnehmen, müssen die folgenden vier Kriterien erfüllt sein.

Preisstabilität

Maximale positive Abweichung der durchschnittlichen Inflation des letzten Jahres um 1,5 % im Vergleich zu den drei preisstabilsten Mitgliedsländern der EU.

Stabilität der öffentlichen Finanzen

Die Gesamtverschuldung des Staates darf maximal 60 % des BIP und die jährliche Neuverschuldung maximal 3 % des BIP betragen.

Wechselkursstabilität

Seit mindestens zwei Jahren muss der Wechselkurs zwischen der nationalen Währung und dem Euro in einer fest definierten Bandbreite liegen.

Stabilität der langfristigen Zinssätze

Maximale positive Abweichung des Zinssatzes für langfristige Staatsanleihen um 2 % im Vergleich zu den drei preisstabilsten Mitgliedsländern der EU.

Wirtschafts-, Fiskal- und Strukturpolitik in der EU

Viele der politischen Bereiche entwickeln sich gerade erst auf europäischer Ebene. Einige sind erst durch den relativ jungen Lissabon Vertrag geregelt. Meist handelt die nationale Politik auf Grundlage nationaler Erfahrung jedoch entsprechend europäisch (einheitlicher) Regeln.

Für ihre Wirtschafts-/Geld-/Finanzpolitik stellt die EU einen mehrjährigen Finanzrahmen auf (MFR). Dieser stellt Wiederrum die Grunlage für nationale Finanzpläne dar.

Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)

Bis 2013 galt die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF). Sie war ein Teil des Euro-Schutzschirms aus dem Jahr 2010, welcher vor dem Hintergrund der Finanzkrise entstanden ist und in Not geratenen Euroländern Kredite zur Verfügung stellt. Die maximale Kreditvergabe lag bei 440 Milliarden Euro.

Europäischer Stabilisierungsmechanismus

2012 ist der Europäische Stabilitätsmechanismus in Kraft getreten, er gilt seit 2013. Es handelt sich nun um einer dauerfate Internationale Organisation mit Sitz in Luxemburg. Es soll die Zahlungsunfähigkeit der Euroländer verhindert und die Stabilität im gesamten Euro-Währungsgebiet gewahrt werden. Wenn Mitgliedsländern Maßnahmen zur Problemlösung vorlegen, können Kredite bis zu ca. 500 Milliarden Euro vergeben werden. Die zur Verfügung stehenden Finanzmittel belaufen sich auf ca. 700 Milliarden Euro über eigenes Kapital sowie über Garantien abrufbares Kapital. Die Beteiligung der Mitgliedsstaaten an diesem Pool ist durch den Anteil am Kapital der europäischen Zentralbank bestimmt.

Stabilitäts- und Wachstumspakt

Mit dem seit 1997 geltenden Papier soll das Wachstum und die Stabilität der Eurozone geschützt werden. Im Kontext der Finanzkrise gab es jedoch zahlreiche Verstöße - ca. 75 % der Mitgliedsländer konnte sich nicht an alle Regeln halten. Dementsprechend gab es Reformvorschläge, welche die Toleranzen der Vorschriften erhöhen wollte. Diese Überarbeitungen wurden z. Bin dem europäischen Sixpack umgesetzt.

Die zentralen Vorschriften sind:

- Begrenzung der Haushaltsdefizite: maximal 3 % des BIP
- Begrenzung der Verschuldungsgrade: maximal 60 % des BIP
- Vorlage jährlich aktualisierter Stabilitätsprogramme aller Mitgliedsstaaten

Offiziell werden Verletzungen dieser Vorschriften geahndet, wenn entsprechende Pläne zur Behebung der Probleme nicht umgesetzt werden. In der Realität kommt es jedoch selten zur praktischen Umsetzung der Maßnahmen.

Europäisches Sixpack

Mit dem europäischen Sixpack wurde 2011 der Stabilitäts- und Wachstumspakt optimiert. Neben einer erneuten Betonung der Defizitgrenzen wurde ein Abbau bei Überschreitung verpflichtend. Zusätzlich wurden Sanktionen verschärft und werden schneller ausgesprochen. Dies ist durch eine intensivere Kontrolle durch die Kommission und ein Frühwarnsystem auf Basis verschiedener Kriterien möglich. Diese Kriterien sind:

- Leistungsbilanzsaldo
- Nettoauslandsvermögen
- Realer effektiver Wechselkurs
- Anteil an den weltweiten Ausfuhren
- Nominale Lohnstückkosten
- Immobilienpreise in Relation zum VPI
- Kreditvergabe an den Privatsektor
- Schuldenstand des Privatsektors
- Öffentlicher Schuldenstand
- Arbeitslosenquote

Europäischer Fiskalpakt

Der europäische Fiskalpakt stellt eine Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts auf Rechtsgrundlage von 2012 dar. Bis auf wenige Ausnahmen (GB, Tschechische Republik, Kroatien) haben alle EU Länder den Pakt unterschrieben, mit welchem eine stabile Wirtschaftslage in der EU garantiert werden soll. Er beinhaltet folgende Maßnahmen und Kriterien:

- Euro-Gipfeltreffen zwei Mal im Jahr
- Schuldenbremsen müssen in nationalen Verfassungen umgesetzt werden
- Reduzierung der mittelfristigen jährlichen Neuverschuldung auf 0,5 % des BIP (anders als die deutsche Schuldenbremse auch auf Kommunen und Sozialsysteme bezogen)
- Berichte über die Maßnahmen zur Behebung von Defiziten müssen der Kommission und dem Rat der EU vorgelegt werden.

- Sanktionen wurden angepasst und automatisiert: Aussetzung mit einer umgekehrten qualifizierten Mehrheit möglich

Strategien und Maßnahmen europäischer Krisenbewältigung

Die EU ist mit mehreren Herausforderungen konfrontiert. Im folgenden werden die zentralen Problembereiche detaillierter erläutert. Ausschließlich das Schuldenmanagement wurde bereits zuvor erläutert und wird nicht wiederholt.

Grundsätzlich gilt es, gemeinschaftliche EU-Interessen und nationalstaatliche Interessen durchzusetzen. Da solche Entscheidungen jedoch nicht immer im Interesse aller Mitgliedstaaten sind, besteht Diskussionspotenzial.

Euro

Die Währungs-, Banken- und Schuldenkrisen haben sich gegenseitig verstärkt. Der Sourverantötungsmangel der EU hat zu zusätzlichen Komplikationen geführt. Wie bereits oben bei der europäischen Wirtschafts-/Geldpolitik erläutert wurden jedoch verschiedene Mechanismen zur Krisenbewältigung geschaffen.

Ein zentraler Diskussionspunkt war und bleibt jedoch der Staatsleihenankauf, mit welchem die EZB kriselnde Staaten finanziell unterstützen kann. Die Frage ist, ob diese Tätigkeit noch in den Aufgaben- und Legitimationsbereich der EZB fällt.

Migration

EU-intern

- Probleme
 - Gefahr des Braindrains: Abwanderung hochqualifizierter Kräfte aus Ländern mit geringeren Lohnstandards und ökonomischen Schwierigkeiten
 - Belastung der Sozialkassen in wirtschaftlich starken Ländern durch intensive Zuwanderung geringqualifizierter Kräfte
- Maßnahme: temporäre Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit (Beispiel Rumänien und Bulgarien bis 2014)

Aus Drittstaaten

- Probleme: Konkretisierung in der Flüchtlingskrise 2015
 - Illegale Migration
 - Illegale Arbeitsmigration
 - Flucht
- Maßnahmen
 - Bekämpfung der Fluchtursachen: Unterstützung in Herkunftsländern (Bildungsmaßnahmen, Infrastrukturaufbau etc.)
 - Steuerung der legalen Migration: souveräner Umgang mit Migration, zur Umleitung der Migranten auf legale Wege (Filterung durch Kriterien wie Erwähbstätigkeit, Studium etc.)
 - Verhinderung irregulärer Einwanderung: Schutz der EU-Außengrenzen durch Frontex (Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen)
 - Vereinheitlichung der Asylgesetzgebung: die Dublin Verordnung schreibt vor, dass Asyl in dem zuerst betretenen Land beantragt werden muss
- Bezuglich der Taktiken und Methoden der Europäischen Union zur Flüchtlingsbekämpfung gibt es viele Konfliktpunkte und Meinungsunterschiede, vor allem zum moralischen Standard.

Euro-/EU-Austritte

Grundsätzlich ist es das Ziel der EU Austritte zu verhindern. Denn diese ...

- gefährden die Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben.
- reduzieren das Gewicht in der Weltpolitik.
- gefährden die (europäische Friedenssicherung).

Grexit

Im Kontext der Finanzkrise 2009 gab es Diskussionen über den Austritt Griechenlands aus der EU. Dieses Beispiel demonstriert jedoch die Kompetenz der EU zur gemeinsamen Lösungfindung. In diesem Fall durch finanzielle Unterstützung.

Brexit

Nachdem 2016 in einem Referendum der Brexit beschlossen wurde, trat Großbritannien 2020 aus der EU aus. Da Großbritannien bereits zuvor dem Austrittsgedanken spielte, gab es Zugeständnisse, um dieses Szenario zu verhindern. Diese beinhalteten:

- Den Brittenrabatt: 66 % der Differenz zwischen Beitragszahlungen und erbrachten Leistungen wurde zurückgezahlt.
- Sonderstatus: Recht zur Verweigerung von Sozialleistungen für neu einreisende EU Bürger für bis zu vier Jahre & Recht zum Entzug von weiteren Integrationsschritten

Europäische Sicherheits- und Friendenspolitik

Der EU wird international vor allem aufgrund ihrer „Soft power“ Macht und Einfluss zugesprochen. Die Union arbeitet dabei wohl als Ordnungs- als auch Gestaltungsmacht. Historisch bedingt wird Deutschland als Mitglied des inoffiziellen „Weimarer Dreiecks“ gewertet und hat somit einen besonders großen Einfluss in verschiedenen Themen Bereichen innerhalb der EU.

Europäische Integrationsmodelle

Integrationsmodelle/-theorien

Es existieren die folgenden drei zentralen Theorien.

Vergleichskriterien	Föderalismus/Supranationalismus	Intergouvernementalismus	(Neo)Funktionalismus
Motive	<ul style="list-style-type: none">• Frieden• Demokratie• Idealismus	<ul style="list-style-type: none">• Machterhalt & Souveränität• Sicherheit• „Balance of power“	<ul style="list-style-type: none">• Frieden• Wohlstand• Macht der Nationalstaaten überwinden
Prozesse	<ul style="list-style-type: none">• Schrittweise Föderalisierung• Einmaliger Verfassungssprung	<ul style="list-style-type: none">• Gipfeltreffen & Regierungskonferenzen	<ul style="list-style-type: none">• „spill-over“ Effekt• Paketlösungen
Akteure	<ul style="list-style-type: none">• Beteiligung aller politischen Ebenen• Internationale gesellschaftliche Gruppen	<ul style="list-style-type: none">• Nationalstaaten• Innerstaatliche Willensbildung	<ul style="list-style-type: none">• Supranationale Institutionen• Eliten
Ziele/Leitbilder	<ul style="list-style-type: none">• Bundesstaat• Vereinigte Staaten von Europa• Subsidiaritätsprinzip	<ul style="list-style-type: none">• Staatenbund/Konföderation• Europa der Vaterländer	<ul style="list-style-type: none">• Politische Union• „Form follows function“• Binnenmarkt

Weitere (eher nebensächliche) Theorien sind die folgenden.

- Differenzierte Integration: spontane Kooperation in losen Gruppen in bestimmten Feldern mit unterschiedlicher Geschwindigkeit
- EU der zwei (oder mehrfachen) Geschwindigkeiten: schrittweise Integration, zunehmende Integration weiterer Staaten in verschiedenen Bereichen
- EU als Zusammenschluss relativ autonomer Regionen: Subsidiaritätsprinzip garantiert viele Unabhängigkeiten und Freiheiten auf untergeordneten Strukturebenen
- EU als variable Geometrie: Integration der Kooperation abhängig vom Sachgebiet
- Europa der Regionen: größtes Mitspracherecht von starken Regionen

Einordnung der europäischen Union

- Gebilde zwischen Supranationalismus und Intergouvernementalismus
- Ein (neo)funktionalistischer Ansatz wird zunehmend populär, welcher die Notwendigkeit verstärkter Integration vor dem Hintergrund politisch/gesellschaftlicher Entwicklungen hervorhebt und als treibende Kraft interpretiert. Z. B. die Einführung einer gemeinsamen Währung sei die

direkte Konsequenz aus einem gemeinsamen Binnenmarkt - die einzige sinnvolle bzw. praktische Entschwudung.

Europäische Zukunftszenarien

Es existieren fünf zentrale Theorien.

Kriterium	Titanicszenario	Geschlossenes Kerneuropa	Methode Monnet	Offener Gravitationsraum	Europa als Supermacht
Organisation	<ul style="list-style-type: none"> • Überforderung europäischer Strukturen • Renationalisierung • Deföderalisierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Rückbau föderaler Strukturen • Nationalisierung der Macht & Kontrolle • Gemeinsam strukturierte Ordnung (essenzielle Marktregeln) • Bildung eines Kernes (Machtkonzentration): Kooperation einiger Staaten 	<ul style="list-style-type: none"> • Substanzreformen scheitern: geringe Reaktion auf internationale Herausforderungen • Kommission als Modernisierungsmotor: unabhängiger und kontinuierlicher Fortschritt • Funktionale Anbindung an Nachbarstaaten • Keine Renationalisierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Wenige Mitgliedsstaaten verhindern maximale Reformen • Verstärkte Kooperation mit dem europäischen Differenzierungsinstrument: weitere Integration in willigen Subgruppen • Gemeinschaftsme thode: Legislative und exekutive Zusammenarbeit vom gestärkten Rat und Parlament • Umfangreiche Partizipationsmöglichkeiten für alle Mitgliedsstaaten 	<ul style="list-style-type: none"> • Zunehmende Integration & Kompetenzübertragung • (Struktur)Reformen • Bildung europäischer Organisationen • Eigene Steuern & Finanzressourcen • Sicherheitsakteur: eigene Armee • Staatswerdung: Kommission als Exekutive/Regierung und Kompetenzweiterungen für das Parlament und den Rat
Expansion/ Mitglieder	<ul style="list-style-type: none"> • Zersplitterung • Auflösung des Bündnisses 	<ul style="list-style-type: none"> • Stetiges Wachstum (Binnenmarkt als Vorteil) • Keine Erweiterung des Kernes 	<ul style="list-style-type: none"> • Langsame bis stillstehende Erweiterung: keine Beitrittskandidaten mehr • Mangelnde Beitrittsperspektive 	<ul style="list-style-type: none"> • Neue Mitglieder • Problemlose Erweiterung der verstärkten Kooperationen • Europäische Stabilitäts- und Wachstumsgemeinschaft: gleichberechtigte & -wertige Kooperation mit nicht EU-Staaten 	<ul style="list-style-type: none"> • Offen für alle: Inklusion nicht europäischer Staaten • Stetige Expansion

Kriterium	Titanicszenario	Geschlossenes Kerneuropa	Methode Monnet	Offener Gravitationsraum	Europa als Supermarkt
Interessen/Dynamik	<ul style="list-style-type: none"> Vertrauensverlust: keine Unterstützung der Bürger mehr Funktions- & Legitimationskrise Unüberwindbare Interessendivergenzen Nationale Machtpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> Unterschiedliche politische Interessen: Uneinigkeit über Zukunft Konsens nur im Kern, dort auch nur begrenzt Enttäuschung der EU Bürger Vorteile des Binnenmarktes 	<ul style="list-style-type: none"> Interessendifvergenzen: kleinster gemeinsamer Nenner Mangelnder politischer Wille behindert Reformen Mangelsuche bei Nationalstaaten Festhalten am Bündnis aufgrund existierender Vorteile 	<ul style="list-style-type: none"> Mehrheit unterstützt die politische Union Breite Befürwortung einer vertieften Integration Supranationales Selbstverständnis 	<ul style="list-style-type: none"> Transparenz & Kompetenz: Akzeptanz & Unterstützung in der Bevölkerung Wahrnehmung der überweltigen Vorteile des Bündnisses
Relevanz	<ul style="list-style-type: none"> Handlungsfähigkeit Wettbewerbsnachteil in der globalen Wirtschaft 	Binnenmarkt für den wirtschaftlichen Vorteil	<ul style="list-style-type: none"> Binnenmarkt Schengenregion Währungsunion Frieden 	<ul style="list-style-type: none"> Überstaatlich organisierte politische Union Anziehungsmagnet für andere Staaten 	<ul style="list-style-type: none"> Gemeinsame europäische Öffentlichkeit („Wir“-Gefühl) Transatlantisches Gleichgewicht interkontinentale Machtpolitik

Meinungen zur Erweiterung der EU

- Kritik: Aufnahme vergrößert Probleme, erschwert Konsenzfindung, finanzielle Belastung
- Befürworter: Ausbau von Frieden und Demokratie

Globale Strukturen und Prozesse

Globalisierung

Prozess einer weltweiten Verflechtung in allen Dimensionen/Lebensbereichen. Sonit sind auch alle Ebenen (Individuen, Gesellschaften, Staaten, ...) beteiligt und betroffen. Die Zunahme des internationalen Handels, grenzüberschreitender Finanzströme, grenzüberschreitender Arbeitsteilung, Arbeitsmigration und Wissenstransfer bilden den Kern der Globalisierung.

Der Globalisierungsprozess kann durch die Analyse von Größen wie Außenhandelsbilanz, Volumen der ADI oder Anzahl der multinationalen Unternehmen beschreiben werden.

Dimensionen und Merkmale

Wirtschaftsbeziehungen

Die Wirtschaftsbeziehungen haben seit den 1990er-Jahren aufgrund technischer Neuerungen und politischer Maßnahmen wie die Schaffung von Freihandelszonen (z. B. der Europäische Wirtschaftsraum) verstärkt. Grundsätzlich stehen sich zwei Theorien gegenüber, eine die den Globalisierungsprozess bestärkt, und eine die den Globalisierungsprozess ablehnt.

- Protektionismus (Schutz des einzelnen Staates, Ablehnung von Freihandel)
 - Schutz von „infant industries“ (Industrien im Aufbau)
 - Schutz heimischer Arbeitsplätze
 - Unabhängigkeit von ausländischen Produzenten
 - Vermeidung übermäßiger Spezialisierung (bedeutet Unsicherheit und Instabilität)
 - Erhöhte Konkurrenzfähigkeit nationaler Unternehmen
- Freihandel (Öffnung des eigenen Staates, Unterstützung von Freihandel)
 - Bedeutet gegenseitige Abschottung (Wettrüsten der Zölle): Verlust der komparativen Kostenvorteile
 - Wohlstandsverlust durch unrentable heimische Produktion
 - Nur „künstliche“ Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit (eigentlich wie vorher oder sogar schlechter, da weniger Verbesserungsanreize)

Finanzbeziehungen

Die Finanzbeziehungen wachsen noch stärker als Wirtschaftsbeziehungen an. Dies wird z. B. durch den einfachen Handel mit Derivaten und anderen Finanzprodukten durch digitale Technik ermöglicht. Gleichzeitig kann das System jedoch so sehr unübersichtlich werden, sodass Finanzkrisen nur schwerer vermieden werden können. Transparenz und Kontrolle kann in einem internationalen System nur schwer durch- und umgesetzt werden.

Auswirkungen

Positive Entwicklungen

- Wohlstandszuwachs

Negative Entwicklungen

- Umweltbelastung
- Sicherheitsgefährdung
- Verbraucherschutz
- Abhängigkeit

Global Governance

Die globale Politik hat verschiedene Möglichkeiten über ihrer nationalen Ebene zu kooperieren. Es werden die folgenden drei Ansätze betrachtet:

- Supranational: Übertragung der rechtlichen Zuständigkeit auf eine übergeordnete Ebene (es wird nationale Souveränität abgegeben)

- Intergouvernemental: eine internationale Organisation bietet nur den Rahmen für die Kooperation nationaler Regierungen, da die Souveränität erhalten bleibt erfolgen Entscheidungen nur einstimmig
 - transnational: Neben der Politik kooperieren nun auch weitere Akteure. So z. B. die Kirche, NGOs, Hilfsorganisationen und mehr.
- Der Umfang von internationaler Kooperation kann in verschiedenen Stufen stattfinden:
- unilateral: ohne Absprache
 - multilateral: Absprache zwischen mehreren Staaten
 - bilateral: Absprache zwischen zwei Staaten

Globale Herausforderungen

Klimawandel

Den bereits seit langem bekannten aber erst seit kurzem ernst genommenem Klimawandel versucht man man internationalen Abkommen zu bekämpfen. Ein verbreiteter Kritikpunkt von Entwicklungs- und Schwellenländer ist, dass diese nun die Folgen einer Entwicklung kämpfen müssen - und dadurch benachteiligt werden - die sie nicht verursacht haben.

Kyoto

- Kyoto 1 wurde 1997 ratifiziert
- China und die USA (größte CO₂ Verursacher) waren nicht Teil des Protokolls
- Ziel: Reduzierung des Treibhausgas-Ausstoßes
 - Emissionsrechtehandel
 - Clean development mechanism: Industriestaaten „säubern“ für Entwicklungsstaaten
 - Joint implementation
- Kyoto 2 verlängerte 2012 das Abkommen bis 2020

Pariser Abkommen

- Nachfolgeabkommen auf der 21. UN-Klimakonferenz
- Bedeutend ist die Beteiligung von China und den USA (unter Trump zwischenzeitlich ausgesetzt)
- Ziel: Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 °C

Lösung von Problemen

Die Problemlösung gestaltet sich deutlich schwieriger. Letztlich ist die Willensbildung einer großen transnationalen Gruppe von Bedeutung. Interessen können dann durch internationale Organisationen durchgesetzt werden, häufig auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs).

Internationale Friedens- und Sicherheitspolitik

Friedens- und Gewaltbegriff

Johan Galtung unterscheidet zwischen personaler (direkter) und struktureller (indirekter) Gewalt. Strukturelle Gewalt ist Teil eines Systems, welches Ressourcen ungleich verteilt. Negativer Frieden ist die Minimaldefinition von Frieden. Er beschreibt die Abwesenheit von personaler Gewalt - vor allem militärischer Gewaltausübung. Positiver Frieden ist dagegen die Abwesenheit jeglicher sowohl personalen als auch strukturellen Gewalt.

Den positiven Frieden könnte man nach Dieter Senghaas mit dem zivilisatorischen Hexagon erreichen, welches sechs zur Friedenssicherung/-schaffung zentrale Aspekte nennt:

- Gewaltmonopol
- Interdependenz und Affektkontrolle (aufgrund gegenseitiger Abhängigkeit lernen, auf Gewalt zu verzichten)
- Verteilungsgerechtigkeit
- Kultur konstruktiver Konfliktbearbeitung
- Politische Teilhabe
- Rechtsstaatlichkeit

Konflikte

Konflikte sind immer die Folge von Interessengegensätzen von Individuen, Gruppen, etc. Ferner wird zwischen zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Konflikten unterschieden.

Es gibt drei Arten von Konflikten: Den drohenden Konflikt, den akuten Konflikt/Krieg und die Zeit nach dem Konflikt/Krieg. Es ist immer das Ziel durch verschiedene Maßnahmen positiven Frieden zu erreichen. Folgenden Maßnahmen werden ergriffen:

- Drohender Konflikt: vorbeugende Diplomatie
- Akuter Konflikt: Friedensschaffung, Friedenserzwingung

- Nach dem Konflikt: Friedenssicherung/-konsolidierung

Zur weiteren Differenzierung können die Entwicklungsstufen internationaler Konflikte betrachtet werden. Die Übergänge zwischen diesen Stufen sind fließend - eine klare Trennung ist in der Praxis nur selten möglich.

- Latenter Konflikt (schwelend)
- Manifester Konflikt (offenkundig)
- Krise (Spannungszustand)
- Bewaffneter Konflikt (nicht organisierter Gewalteinsatz)
- Krieg (systematischer Gewalteinsatz)
- Waffenstillstand (vorläufiger Gewaltverzicht)
- Frieden

Die Maßnahmen zur Lösung internationaler Konflikte sind:

- Vorbeugende Diplomatie (preventive diplomacy)
- Friedensschaffung (peacemaking)
- Friedenserzwingung (peace enforcement)
- Friedenssicherung (peacekeeping)
- Friedenskonsolidierung (peacebuilding)

Friedenssicherung

Im friedlichen Zeitraum nach einem Konflikt ist es Aufgabe der Politik, diesen Zustand zu konsolidieren. Gedanklich existieren die folgenden Methoden zur Friedenssicherung:

- Integration mehrere Staaten (EU)
- Multilaterale Bündnisse (Nato)
- Bilaterale Abkommen (EU-Schweiz)
- Gegenseitige Abhängigkeit (Interdependenz)
- Rein theoretische Option: Weltstaat
- Rein theoretische Option: Hegemonie (Vormachtstellung eines Staates)

In der Praxis ist die Charta der Vereinten Nationen ein essenzielles Sicherungssystem. Sie schreibt ein grundsätzliches Gewaltverbot vor, ermöglicht zur Verfolgung ihrer Ziele jedoch auch das Eingreifen in internationale Konflikte unter bestimmten Bedingungen.

Theorien der internationalen Politik

Realismus

Frieden sei möglich, bei:

- Hegemonie
- Machtdemonstration
- Gleichgewichtspolitik

Idealismus

Der vernunftbegabte und lernfähige Mensch erkenne den Vorteil von Frieden und gründe somit eine friedliche und friedenssichernde Weltgemeinschaft.

Institutionalismus

Gesellschaftliche Gruppen und die internationale Politik erkennen den Vorteil von Frieden und befürworten entsprechend internationale Kooperationen und Institutionen.

Weltsystemtheorie

Der internationale Frieden kann nicht durch nationale Vertreter /Entitäten verbreitet werden. Stattdessen stehen internationale Akteure und Institutionen im Vordergrund.

Internationale Bedeutung von Menschenrechten und Demokratie

In Deutschland sind die Grundrechte in den Artikeln 1 bis 19 des Grundgesetzes festgeschrieben. Es kann zwischen Menschenrechten (gelten für alle Menschen) und Bürgerrechten (gelten nur für deutsche Staatsbürger) unterschieden werden.

International wurden Menschenrechte bereits in mehreren Resolutionen festgesetzt. Neben der Rauenrechtskonvention von 1979 ist vor allem die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948) bekannt.

Bei allen Rechten wird zwischen drei Kategorien unterschieden:

- Persönlichkeitsrechte (z. B. Recht auf Leben)

- Politische und justizielle Rechte (z. B. Meinungsfreiheit)
- Soziale und ökonomische Rechte (z. B. Schutz von Schwangeren und Kindern)

Als internationale Gesellschaft setzt wird uns aufgrund folgender Motive für den Erhalt der Menschenrechte ein:

- Ethische Verpflichtung aufgrund unserer Wertvorstellungen
- Wirtschaftliche Gründe, da Menschenrechtsverletzungen Investitionen und Wohlstand hemmen
- Fluchtvermeidung

Menschenrechte in der Diskussion

Einzelne Staaten lehnen bestimmte Menschenrechte ab und verstößen gegen diese. Für die westlichen Zivilisationen ist dies unverständlich. Häufig werden z. B. jedoch von China unterschiedliche Wertevorstellungen angeführt. Die Menschenrechte, wie wir sie für selbstverständlich halten, seien in anderen Kulturkreisen so nicht haltbar. Häufig kommt es in der Folge zum Konflikt zwischen den Systemen.

Maßnahmen zur Wahrung von Menschenrechten

Demokratieförderung

Menschenrechte/Grundrechte und Demokratien hängen eng miteinander zusammen. Verschiedene Menschenrechte, wie der Gleichheitsgrundsatz, Mitbestimmungsrechte, Teilhaberechte, soziale Ansprüche (sozialstaatliche Leistungen) oder sehr ähnliche Rechte sind integraler Bestandteil des Konzepts der Demokratie. Somit eignen sich Demokratien besonders zur Verbreitung von Menschenrechten. Es lässt sich auch nachweisen, dass Menschenrechtsverletzungen in demokratischen Staaten seltener vorkommen.

Entwicklungszusammenarbeit

In Industriestaaten, welche meist Demokratien sind, werden die Menschenrechte häufig größtenteils eingehalten. Anders ist die Situation in Entwicklungsländern. Deswegen gibt es Bestrebungen die Unterschiede zu reduzieren und somit die Menschenrechte zu verbreiten. Solche Vorhaben werden auf internationaler Ebene durch verschiedene Institutionen umgesetzt:

- UNO, durch die Sonder- und Hilfsorganisationen
- Weltbank, durch kreditbasierte Finanzierung von wirtschaftlich-sozialen Projekten
- IMT durch die Simplifizierung und Stabilisierung der internationalen Zahlungsfähigkeiten

Die konkreten Ziele der Entwicklungskooperation wurden von der UNO, der Weltbank, dem IMF und der OECD in den Millenniums-Entwicklungszielen zusammengefasst. Es werden 8 Einzelziele genannt. Primär sollte jedoch die weltweite Armut bis 2015 halbiert werden. Da jedoch weiterhin einer enormen Handlungsbearbeit bestehen, sollen nun bis 2030 die Sustainable Development Goals erreicht werden.

Folgen von Menschenrechtsverletzungen

Am häufigsten wird der Gleichheitsgrundsatz (vgl. Art. 2 der AEMR) aufgrund von Vorurteilen verletzt. Es kommt zu:

- Folter
- Gefängnis
- Diskriminierung
- Verfolgung kritisch Denkender/der Opposition
- Völkermord
- Massenvertreibung

Zudem kann das Modell der Push- und Pull-Faktoren betrachtet werden. Menschenrechtsverletzungen und Krieg sind Push-Faktoren während Frieden, Sicherheit und Toleranz Pull-Faktoren sind. Somit kommt es zur Bevölkerungsflucht aus Konfliktgebieten. Und nach der Genfer Konvention dürfen unmittelbar Gefährdete nicht des Ziellandes verwiesen werden.

UNO

Die UNO wurde 1945 von 51 Staaten gegründet. Heute sind mit 193 Staaten, fast alle Nationen der Welt Mitglied. Das oberste Ziel der UNO ist die Sicherung von Frieden und Sicherheit auf der Welt. Es handelt sich um ein multilaterales intergouvernementales Bündnis, in welchem keine Souveränitätsrechte aufgegeben werden. In der Charta der Vereinten Nationen sind die Aufgaben, Regeln, sowie Prozesse der Organisation festgeschrieben. Für die Mitglieder ergeben sich die folgenden zentralen Pflichten:

- Beilegen internationaler Streitigkeiten auf friedlichem Wege
- Gewaltanwendung nur im Falle von Selbstverteidigung oder auf Beschluss des Sicherheitsrates zur Friedenssicherung

Zur Umsetzung der Ziele kann der Sicherheitsrat Resolutionen mit Empfehlungen oder Zwangsanordnungen für alle Mitglieder beschließen. Auf der einen Seite stehen nichtmilitärische Sanktionen, wie die Unterbrechung von wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen. Auf der anderen Seite kann die NATO ein Mandat an NATO-Truppen erteilen und Blauhelmsoldaten entsenden. Blauhelmsoldaten tragen zur Abgrenzung von anderen Truppen blaue Helme und tragen Waffen ausschließlich zur (Selbst)Verteidigung.

Blauhelmsoldaten-Einsätze sind umstritten. Einerseits gab es bereits viel erfolgreiche Einsätze zur Überwachung von Waffenstillständen, der Absicherung des zivilen Wiederaufbaus oder zum Aufbau einer Verwaltung in einem Krisenstaat. Andererseits wird häufig bemängelt, dass die Soldaten schlecht ausgebildet und ausgerüstet seien. Ungenau formulierte Mandate führten bereits dazu, dass Blauhelmsoldaten bei der Ermordung von 8000 Zivilisten durch serbische Truppen zuschauen mussten und nicht eingreifen durften.

Struktur und Aufbau

Die UNO besteht aus fünf Hauptorgangen: der Generalversammlung, dem Sicherheitsrat, dem UN-Generalsekretär, dem Wirtschafts- und Sozialrat und dem internationalen Gerichtshof. Ferner existieren verschiedenen ständigen Hilfs- und Sonderorganisationen: UNESCO, WHO, IMF (international monetary Fund), ... Darüber hinaus kooperiert die UNO mit verschiedenen externen Organisationen.

Ein zentrales Diskussionsthema sind die Vetorechte im Sicherheitsrat, da so einzelne Länder als sehr kleine Minderheit wichtige Entscheidungen behindern können.

Generalversammlung

- Mitglieder: Versammlung von Vertretern aller UN-Mitgliedsstaaten
- Sitz: New York
- Sitzungen: jährlich im September
- Aufgaben
 - Austausch über Probleme
 - Geben von Empfehlungen
 - Wahl der nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates
 - Ernennung des UN-Generalsekretärs auf Vorschlag des Sicherheitsrates
 - Prüfung und Genehmigung des Haushaltsplans

Sicherheitsrat

- Mitglieder
 - Fünf ständige Mitglieder (USA, GB, Frankreich, China, Russland) mit Vetorecht
 - 10 nichtständige Mitglieder (jeweils 5 für 2 Jahre ernannt) ohne Vetorecht
- Beschlussverfahren
 - mindestens 9 Stimmen, kein Veto eines Vetostates
 - Die Resolutionen des Sicherheitsrates sind für alle UN-Mitglieder verpflichtend
- Aufgaben: Sicherung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Generalsekretär

- Spitze der UNO (António Guterres seit 2017), hat eigene Mitarbeiter (nicht national weisungsbunden)
- Ernennung für 5 Jahre auf Vorschlag des Sicherheitsrates durch die Generalversammlung
- Aufgaben
 - Repräsentation
 - Verwaltung
 - Teilnahme an Sitzungen der Hauptorgane
 - Aufstellen des Haushaltsplan
 - Konferenzen organisieren
 - Studien verfassen

Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC)

- Mitglieder: 54 von der Generalversammlung gewählte Mitgliedsstaaten nach Regionalschlüsseln
- Aufgaben
 - Verbesserung des Lebensstandards
 - Lösung sozialer, wirtschaftlicher und gesundheitlicher Probleme
 - Förderung von Menschenrechten, Kultur und Erziehung
 - Humanitäre Hilfe

- Koordination der UN-Sonderorganisationen

Internationaler Gerichtshof (IGH)

- Mitglieder: 15 Richter unterschiedlicher Nationalität, vom Sicherheitsrat und der Generalversammlung gewählt
- Gründung: 1945
- Sitz: Den Haag
- Urteile: erfolgen mit einfacher Mehrheit (Durchsetzung erfolgt nicht obligatorisch - jedoch meistbefolgt - durch den Sicherheitsrat)
- Aufgaben
 - Entscheidungen zu Rechtsstreitigkeiten zwischen Staaten (nicht internationalen Organisationen)
 - Erstellung von Gutachten für die Generalversammlung und den Sicherheitsrat

Probleme der UNO

- Handlungsfähigkeit
- Ineffizienz
- Durchsetzungsfähigkeit

Beitrag zur Konfliktbewältigung und Friedenssicherung

Wirtschaftsstandort Deutschland

Institutionen zur Gestaltung der ökonomischen Dimensionen

sekundär